

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Kieler Howaldt-Werft, September 1969: „Auf zum Yachtclub!“

- *Herbstgutachten: Eine nationalistische Momentaufnahme der Wirtschaftsinstitute – S. 4*
- *Stuttgart 21: Der Kampf um die Deutungshoheit geht weiter, Ende bisher offen – S. 7*
- *NRW-Linke tut sich schwer mit Nachtragshaushalt – S. 13*
- *Im Langzeitgedächtnis auch der Herrschenden: die Septemberstreiks von 1969 – S. 17*
- *Hamburger Polizeimuseum – Auseinandersetzung um Darstellung der Verbrechen in der NS-Zeit – S. 21*
- *Beilage: Rundbrief der Arge „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“*

Ausgabe Nr. 11 am 5. November 2010, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

CSU-Parteitag segnet Bundeswehr Umbau ab

maf. Der CSU-Parteitag hat die geplante Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht akzeptiert, ein wichtiger Schritt, denn wenn in der BRD ein politisch einflussreicher militärisch-industrieller Komplex lebt, dann in der bayerischen Staatspartei, wurde doch die Entwicklung Bayerns zum Industrieland ganz wesentlich durch Ansiedlung rüstungswichtiger Industrien vorangetrieben. So war der Kampfpanzer Leopard ein Produkt aus Bayern. Dieses Geschäft wird zurückgehen. Da Bayern aber inzwischen einen Schwerpunkt der Luft- und Raumfahrtindustrien und –einrichtungen bildet, wird es für eventuelle ausfallende Geschäfte Ersatzaufträge geben, man spricht von „intelligenten Waffen“. Der industrielle Teil des Komplexes sieht sich vor einer Herausforderung, die zu bewältigen ist. Auf der militärischen Seite hingegen ist noch lange nicht alles geklärt. Die Bundeswehr war dem Anspruch nach eine durch die zivile Politik kontrollierte Einrichtung. Dem diente der Zuschnitt des Ministeriums, das viele Schnittstellen zur Politik hat. Diesem Konzept geht es jetzt an den Kragen. Der Bericht der Weise-Kommission schlägt die Verkleinerung des Personalbestands des Ministeriums auf die Hälfte vor sowie den Umzug nach Berlin. Solche Bewegungen an der Oberfläche der bürokratischen Struktur lassen Vermutungen über Ziele und Motive zu. Die gewünschte „Armee im Einsatz“ wird von der zivilen Welt besser isoliert und nur über wenige militärische Führer mit dem politischen System verbunden werden. Eine dem besser entsprechende Regelung der Zuständigkeit der Strafverfolgungsbehörden bzw. Gerichte ist im Gespräch.

Deutschland – billig Steuerland

Handelsblatt, 13.10. rül. „Der Steuerzahler begleicht die Krisenkosten“, schlagzeilt das „Handelsblatt“ und weist gleichzeitig darauf hin, dass Deutschland zunehmend profitiert im Steuerwettbewerb – Kapitalanleger also eher anlockt als andere EU-Länder. Beispiel Mehrwertsteuer: Während die schwarz-gelbe Bundesregierung an der Senkung der Mehrwertsteuer für Hotels festhält, hat die britische Regierung vor wenigen Tagen eine weitere Anhebung beschlossen. Nach der Anhebung um 2,5% Anfang 2010 durch die damalige Labour-Regierung soll diese Steuer Anfang 2011 erneut um 2,5 Prozent auf dann 20 Prozent steigen. In Rumänien stieg die Mehrwertsteuer sogar von 19 auf 24 Prozent, während

Löhne und Renten gekürzt wurden. In Estland wurde die Mehrwertsteuer auf 20, in Lettland und Litauen auf 21 Prozent angehoben, in Griechenland von 19 auf 23 Prozent. In Lettland stieg die Einkommenssteuer von 23 auf 26%. Zahlreiche Länder haben zudem die Tabaksteuer, Mineralölsteuer und Alkoholsteuern angehoben. Auch die Spitzensteuersätze steigen. In Spanien galt bisher ein Höchstsatz von 43 Prozent ab 53 000 Euro. Jetzt sollen ab 120 000 Euro 44 Prozent erhoben werden, ab 175 000 Euro 45 Prozent. Auch in Frankreich erhöht sich der Spitzensteuersatz von 40 auf 41 Prozent. In Großbritannien steigt zudem die Kapitalertragsteuer, erstmals gibt es dort zudem eine Bankensteuer. Allerdings ersetzt diese Steuer die bisherige Abgabe auf üppige Bankerboni. Boni oberhalb von 25 000 Pfund wurden dadurch mit 50% Steuer belastet.

Arbeitslosigkeit in der EU

ORF, 30.10. hav. Im September waren in der Euro-Zone mehr Menschen ohne Jobs als im Monat davor. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote legte von 10,0 Prozent im August auf 10,1 Prozent im September zu, teilte die Statistikbehörde Eurostat mit. Im September 2009 war die Quote bei 9,8 Prozent gelegen. Besondere Probleme bereitet allerdings die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen. Die Arbeitslosenrate der unter 25-Jährigen lag im September 2010 im Euro-Raum bei 20,0 Prozent und in den EU-27 bei 20,3 Prozent. Im September 2009 hatte sie 20,2 bzw. 20,6 Prozent betragen. Die höchsten Quoten verzeichneten Spanien (42,5 Prozent), Litauen (37,6 Prozent im zweiten Quartal) und Estland (37,2 Prozent im zweiten Quartal). Auch in Italien ist jeder vierte Jugendliche arbeitslos. Trotz Versuchen der Politiker und der EU ist allerdings keine Trendwende in Sicht. Durch das in den letzten Jahren und Jahrzehnten in den meisten Ländern angehobene Pensionsalter sind viele Arbeitsplätze „verstopft“ und nicht für Junge frei. Durch die hohe Arbeitslosenrate bei den unter 25-Jährigen wächst auch die soziale Kluft. Den arbeitslosen Jugendlichen wird durch ihre miserable Einkommenssituation ein dem jeweiligen Land entsprechender Lebensstandard verwehrt. Soziale Konflikte und Proteste wie etwa in den Banlieues in Frankreich sind die Folge.

Sparquote der privaten Haushalte im Euroraum gesunken

Eurostat, 28.10. hav. Das real verfügbare Einkommen privater Haushalte fiel im Euroraum um 0,3%. Im zweiten Quartal 2010 fiel sowohl im Euroraum

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

(ER16) als auch in der EU27 die saisonbereinigte Sparquote der privaten Haushalte weiter. Das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte fiel im Euroraum um 0,3%. Diese Daten stammen aus detaillierten vierteljährlichen Europäischen Sektorkonten, die von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, und der Europäischen Zentralbank (EZB) veröffentlicht werden. Im zweiten Quartal 2010 belief sich die saisonbereinigte Bruttosparquote der privaten Haushalte in der EU27 auf 12,1%, gegenüber 12,9% im ersten Quartal 2010. Im Euroraum betrug die Sparquote der Haushalte im zweiten Quartal 2010 14,3%, im Vergleich zu 14,5% im vorherigen Quartal. Im Euroraum fiel die Sparquote der privaten Haushalte, da das real verfügbare Einkommen schneller zurückging (-0,3%) als die realen Konsumausgaben (-0,1%). Das real verfügbare Einkommen verringerte sich, da das nominal verfügbare Einkommen der privaten Haushalte langsamer stieg (+0,5%) als die Preise von Gütern und Dienstleistungen, die von Haushalten im Euroraum konsumiert wurden (+0,8%).

Erster Einsatz in der EU-Geschichte

NZZ, 31.10. hav. Am Freitag hat die EU erstmals einen Einsatzbefehl für eine Eingriffstruppe erlassen. Demnach sollen 175 Grenzwachter aus Schengen-Staaten die griechisch-türkische Grenze gegen Flüchtlinge abschotten. Auch die Schweiz beteiligt sich an dem Einsatz. Schweizer Grenzwachter werden ab nächstem Jahr in die Eingriffstruppe Rabit der EU-Grenzschutzbehörde eingegliedert. „Das Grenzwachtkorps wird vor allem Fachleute wie Dokumenten- und Fahrzeug-Spezialisten entsenden“, sagte die Sprecherin der Eidgenössischen Zollverwaltung, Stefanie Widmer, gegenüber der „NZZ am Sonntag“. Einsätze auf hoher See seien hingegen undenkbar. Zwei entsprechende Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union seien bereits unterzeichnet worden und in Kraft getreten. Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex geht davon aus, dass der dritte notwendige Vertrag bereits in den nächsten Wochen unterzeichnet werde, so die „NZZ am Sonntag“ weiter. Damit wären sämtliche rechtliche Voraussetzungen geschaffen. Die Beteiligung an Frontex werde die Schweiz rund drei Millionen Franken kosten, heißt es. Die Grenzwachter blieben Angestellte des Bundes, wären aber fester Bestandteil der 730-köpfigen Grenz-Eingriffs-Truppe Rabit („Rapid Border Intervention Teams“). Diese können in Krisenfällen zur Unterstützung nationaler Behörden bei der Sicherung der Grenzen eingesetzt werden.



Modern: Töten ohne getötet zu werden?

maf. Der Staatskunst ist lange geläufig, dass man vom Krieg den Anfang kennt, nicht aber das Ende. Auf der ganz persönlichen Ebene weiß der Soldat, dass der Feind zurückschießt. Das sind Momente, die Beginn und Entfaltung kriegerischen Geschehens hemmen. Fast scheint es, dass die moderne Technik dieses Problem gelöst hat. Immer mehr und genauere Nachrichten über die weltraumgestützte Kriegführung sind zu erfahren. So setzen die Verbündeten Mächte in Afghanistan bzw. im Grenzgebiet zu Pakistan ferngesteuerte, schwer bewaffnete Flugzeuge – sogenannte Drohnen – in großem Umfang zur „gezielten Tötung“ ein, die Presse spricht von bis jetzt bereits mehr als 1 550 Opfern. Vor Ort arbeiten Agenten an der Informationsbeschaffung, die gewonnenen Daten werden zur Zielsprache an die Heimatdienststelle übermittelt, dort evaluiert, jemand wird als Ziel qualifiziert, ein Operator erhält einen Auftrag, sitzt vor dem Bildschirm, macht das Ziel mit einiger Wahrscheinlichkeit aus und löst die Waffe aus, und macht dann einen Eintrag in einer Datei. Kommt eine bestätigende Rückmeldung des Feldagenten, ist der Vorgang abgeschlossen. Nur auf den ersten Blick zeigt sich in diesem Geschehen ein allmächtiger Staat. Die moderne reife Industriegesellschaft benötigt zu ihrem Funktionieren Akzeptanz. Ihre Einrichtungen liegen notwendig offen da, Kommunikation und Mobilität sind unverzichtbar. Eine Kriegführung, die Verzweiflung produziert, macht sie mit allen Einrichtungen und Werten zum Ziel von Gegenaktionen. Wenn schon die Berufung auf Humanität nichts gilt, eine Ächtung des „gezielten Tötens“ ist auch aus Gründen der Staatsraison dringend.

Für die Zivilgesellschaft der EU und des Mittelmeerraums

EU Pressemitteilung, 26.10. hav. Wenn vom 10. bis 12. November 2010 im italienischen Nationalrat für Wirtschaft und Arbeit (CNEL) in Rom das jährliche Gipfeltreffen der Wirtschafts- und Sozialräte und vergleichbarer Einrichtungen aus dem Raum Europa-Mittelmeer stattfindet, werden über 150 Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft aus der EU und 16 Partnerländern des Mittelmeerraums in erster Linie über die Einrichtung einer Versammlung beraten. Die Versammlung würde – entsprechend dem, was auf Ebene der parlamentarischen Versammlung der Mittelmeerunion und der Versammlung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer (ARLEM) bereits verwirklicht worden ist – den Status einer beratenden Einrichtung innerhalb des institutionellen Rahmens der Mittelmeerunion anstreben. Die Gipfelteilnehmer werden einen Entwurf des Statuts der Versammlung erörtern, der von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der Wirtschafts- und Sozialräte Algeriens, Frankreichs, Italiens, des

Libanons, Spaniens und Tunesiens, sowie des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss EWSA erarbeitet wurde. Gemäß dem derzeitigen Vorschlag soll die Versammlung einen rotierenden Vorsitz und Vorstand haben, und die Sitze sollen gleichmäßig zwischen der EU und den 16 Partnerländern aufgeteilt werden, wodurch ein Gleichgewicht zwischen Nord und Süd sichergestellt werden soll. Die Versammlung soll entweder auf Befassung oder auf eigene Initiative Empfehlungen, Erklärungen und Berichte für die anderen Organe der Mittelmeerunion, die EU-Institutionen und die nationalen Regierungen abgeben, die von den Mitgliedern im Konsens zu verabschiedet sind. Auf dem vom CNEL und dem EWSA veranstalteten Gipfel werden außerdem Akteure der Zivilgesellschaft und geladene Sachverständige aus Mittelmeeranrainern wichtige Fragen wie menschenwürdige Arbeit und nachhaltige Entwicklung in den Mittelmeerländern, berufliche Bildung als Faktor für Wettbewerbsfähigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen, eine gerechtere Gesellschaft im Mittelmeerraum sowie Agrarpolitik in den Ländern der Mittelmeerunion erörtern.

Eine nationalistische Momentaufnahme der Wirtschaftsinstitute

Mitte Oktober haben sieben Wirtschaftsinstitute im Auftrag von Bundeswirtschaftsminister Brüderle ihr „Herbstgutachten“ zur wirtschaftlichen Situation in Deutschland, in Europa und in der Welt vorgelegt. Kern des Gutachtens ist – so auch die Schlagzeilen der Tagespresse – eine deutliche Anhebung der Prognose für das bis Jahresende zu erwartende Wachstum der deutschen Wirtschaft auf nun 3,5%.

Eine notwendige Vorbemerkung

Das verdient aber eine Vorbemerkung. Denn die gleichen Institute hatten noch in ihrem „Frühjahrgut-

achten“ ein Wachstum von 1,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vorausgesagt. Eine solche Fehlprognose sollte eigentlich zum Nachdenken anregen. Tatsächlich entschuldigen sich die Institute. Auf Seite 30 heißt es: „Eine Anhebung der Prognose für das laufende Jahr um 2 Prozentpunkte hat es in den vergangenen 20 Jahren noch nie gegeben.“ Das ist aber noch milde ausgedrückt. Beispiel 2008: Damals kündigten die Institute am 14.10.2008, einen Monat nach dem Lehmann-Desaster in den USA, noch ein wirtschaftliches Wachstum in Deutschland für 2009 von 0,2 Prozent an. Tatsächlich gab es einen

Absturz des BIP um 4,7 Prozent. Das war eine Differenz zwischen Prognose und Realität von 4,9 Prozent oder, in absoluten Zahlen, ein „Irrtum“ von fast 90 Milliarden Euro.

Wer aber nun eine kritische Selbstreflexion der Wirtschaftsinstitute erwartet, sucht vergeblich. Obwohl die beteiligten Institute wissen, dass viele Einrichtungen – die Bundesregierung, die Länder, die Kommunen, die Krankenkassen, die Agentur für Arbeit, Verbände und auch Unternehmen – auf ihre Prognosen für Budgetentscheidungen angewiesen sind, prognostiziert man munter weiter auf den gleichen fragwürdigen theoretischen Grundlagen, verbreitet die gleichen ideologischen Grundaussagen wie vorher, als habe es die Weltwirtschaftskrise nie gegeben und auch keine falschen Prognosen und Politikempfehlungen. Analytische Reflexion, Nachdenken über eigene theoretische, methodische Fehler, über Schwächen im eigenen „Handwerkskasten“, beispielsweise über die Theorie von den Selbstheilungskräften, der Klugheit und Effizienz der Märkte, scheint nicht die Stärke der Institute zu sein. Kein Wunder, dass das öffentliche Nachdenken, ob Gutachten mit solchen Halbwertzeiten bei der Prognose noch ihren Preis wert sind, zunimmt.

Zur Lage der Weltwirtschaft

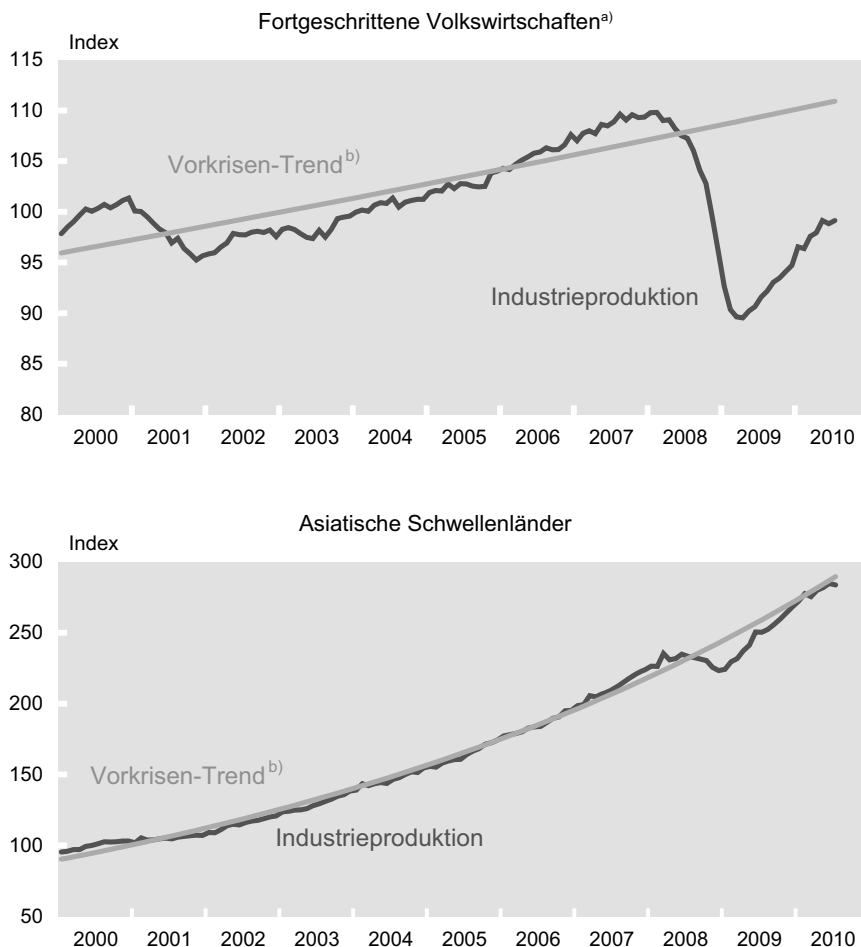
Der prognostische Wert des Gutachtens ist also wieder einmal zweifelhaft. Auch die Politikempfehlungen könnte man getrost ignorieren. Lesenswert bleibt das Gutachten dennoch, vor allem die Passagen, in denen die momentane Situation der Weltwirtschaft beschrieben wird. Denn da haben die Institute wie immer viele Fakten zusammengetragen.

Große Unterschiede

Die erste und, obwohl schon länger bekannt, erneut beeindruckende Aussage ist auch dieses Mal der Hinweis auf die extrem unterschiedliche Entwicklung der „entwickelten Industriestaaten“ einerseits und der „Schwellenländern“ auf der anderen Seite. Als „BRIC-Story“ durch die US-amerikanische Investmentbank Goldman Sachs schon vor Jahren publiziert, ist der Aufholprozess vieler „Schwellenländer“ zu den reichen Industriestaaten inzwischen wieder und wieder bestätigt worden. „BRIC“ meint dabei speziell die Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien und China. Tatsäch-

Abb. 1.1

Industrieproduktion und ihr Trend in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und den asiatischen Schwellenländern
Januar 2000 bis Juli 2010; 2000 = 100



a) OECD-Länder ohne Türkei, Mexiko, Korea und mittelosteuropäische Länder.

b) Loglinearer Zeittrend; Stützzeitraum: Januar 2000 bis September 2008.

Quellen: CPB (2010), World Trade Monitor, September; Berechnungen der Institute.

GD Herbst 2010

lich dokumentiert auch das Herbstgutachten erneut das Tempo, mit dem diese Länder zu den hochentwickelten Industriestaaten, insbesondere den USA, Japan und der EU, wirtschaftlich aufholen.

Grafik 1 zeigt: Die Industrieproduktion der reichen Industriestaaten hatte im Sommer 2010 gerade das Niveau von Anfang 2000, also vor zehn Jahren, erreicht. Im gleichen Zeitraum hat sich die industrielle Produktion der asiatischen Schwellenländer, d.h. Indien, China, Südostasien, Taiwan und Südkorea, fast verdreifacht. Für Indien erwarten die Institute nach einem Wachstum von 7,7 Prozent in 2009 – dem Absturzjahr der Weltwirtschaft! – für 2010 einen Anstieg des BIP von 8,3 Prozent, für 2011 von 7,5 Prozent. Das ergibt für die Jahre 2009 bis 2011 ein Gesamtwachstum von 25%. Für China erwarten die Institute 2010 ein Wachstum von 10%, 2011 von 8,5%, im Zeitraum 2009 bis 2011 damit von 29,6%. Das „Wiederanziehen der globalen Nachfrage nach Elektronikkomponenten“, so die Institute, sei eine Ursache dafür und bedeute auch für andere asiatische Staaten weiteres wirtschaftliches Wachstum. Auch in Brasilien und Russland zieht die Wirtschaft wieder an. In Russland erwarten die Institute für 2010 trotz der großen Waldbrände und ihrer wirtschaftlichen Schäden im vergangenen Sommer ein Wachstum von 4,5%, für 2011 ebenso, für Brasilien dieses Jahr einen Anstieg des BIP von 7,5%.

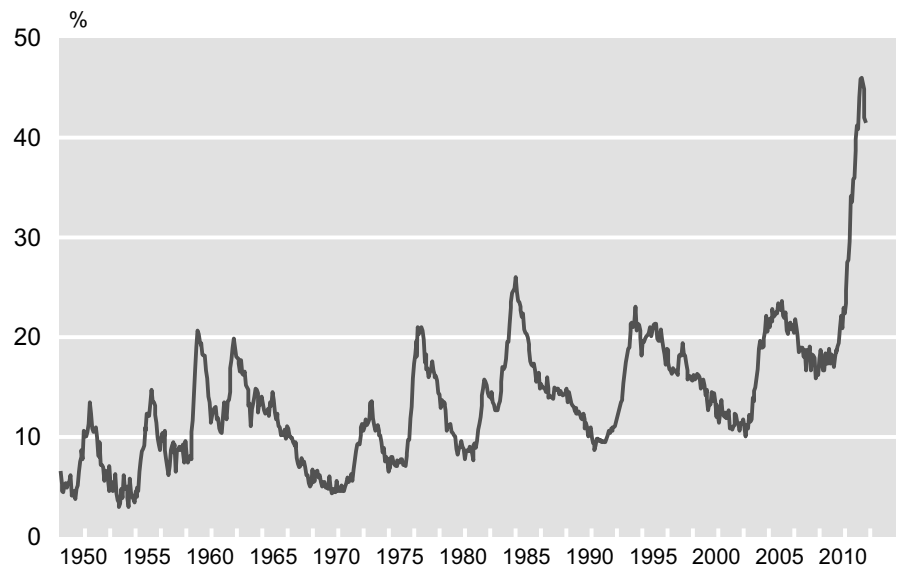
Brüderle würde bei solchen Zahlen platzen vor Stolz. Denn selbst mit seinem diesjährigen „Aufschwung XL“ wird die Bundesrepublik nach dem Absturz von 2009 erst im Sommer oder Herbst 2011 wieder das wirtschaftliche Niveau erreicht haben, dass sie Ende 2008 hatte. In den drei Jahren 2009 bis 2011 erreicht die deutsche Wirtschaft also zusammen gerade mal ein „Nullwachstum“. Wenig besser sieht es in den USA aus, deutlich schlechter in Japan, von Ländern wie Italien, Spanien oder Großbritannien ganz zu schweigen.

USA: hohe Arbeitslosigkeit, ungelöste Strukturprobleme

„In vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften legte die Finanzkrise strukturelle Probleme offen, die noch nicht zur Gänze überwunden sind, vor allem dort, wo es eine Krise auf dem Immobilienmarkt gibt“, betonen die Gutachter. Das scheint ein Grund für die in den USA anhaltende, seit Jahrzehnten in dieser Höhe nicht mehr erlebte Arbeitslosigkeit zu sein. Mehr als die Hälfte der offiziell erfassten Arbeitslosen – die Arbeitslosenrate liegt in den USA zurzeit bei 9,6%, deutlich höher als hierzulande – sind inzwischen mehr als ein halbes Jahr arbeitslos. Eine so hohe

Abb. 1.2

Anteil der Langzeitarbeitslosen^{a)} an der Gesamtarbeitslosigkeit in den USA 1948–2010



^{a)} Langzeitarbeitslos: länger als 27 Wochen arbeitslos.

Quelle: U.S. Bureau of Labor Statistics.

GD Herbst 2010

„Langzeitarbeitslosigkeit“ hatten die USA seit 60 Jahren nicht (Grafik 2).

Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen hat der Zusammenbruch des Immobilienmarktes viele Beschäftigte im Bausektor und im baunahen Handwerk arbeitslos gemacht, die in anderen Branchen keine Arbeit finden. Der Wert vieler Häuser ist um 25 bis 30 Prozent gefallen – und damit das Vermögen vieler Amerikaner. Das durchschnittliche Familieneinkommen betrug im vergangenen Jahr in den USA 49.777 Dollar. Im Jahr 2000 waren es noch 52.301 Dollar gewesen. Das „Wall Street Journal“ spricht deshalb schon von einer „verlorenen Dekade“. Hinzu kommt, dass auch der Finanzsektor – in der Ära Bush wie der Immobiliensektor extrem aufgebläht – seine strukturellen Probleme nicht überwunden hat. Noch immer sind vor allem kleine und mittlere Banken klamm, entsprechend zurückhaltend ist ihre Kreditvergabe. Darunter leidet das gesamte kleine und mittlere Gewerbe, Firmen also, die nicht wie die großen Konzerne fehlende Kredite durch Anleihen auf den Finanzmärkten oder durch Aktienausgabe ersetzen können. Hinzu kommt: in der Ära Bush konzentrierte sich die Politik auf die Pharma- und Hochtechnologie-Branche, auf Öl, Rüstung und das boomende Finanz- und Immobiliengewerbe. Industrielle Innovationen in Branchen wie Maschinenbau, Bahn- und Fahrzeugindustrie, Schiffbau, Elektroindustrie, Chemie usw. wurden vernachlässigt, Kapital aus diesen Sektoren abgezogen und nach China exportiert. Die Jobs, die in diesen „traditionellen“ Industriebereichen in den letzten zehn Jahren verloren gingen,

sind so schnell nicht rückholbar. Die Produkte der US-Firmen – sieht man einmal von wenigen Konzernen wie Apple, Microsoft, Cisco, Pfizer & Co. ab – sind oft auf dem Weltmarkt nicht absetzbar, selbst nicht einmal bei fallendem Dollarkurs. Da gleichzeitig die öffentlichen Einnahmen während der Krise eingebrochen sind, insbesondere in den Einzelstaaten, die oft strikte Schuldengrenzen haben, macht die Bundesregierung in Washington zwar Schulden über Schulden. Die wirtschaftliche Produktion aber springt nicht wirklich an.

Japan: Deflation und Stagnation

Ähnlich kritisch ist die Lage in Japan. Nach einem BIP-Rückgang von 5,2% in 2009 rechnen die Institute für 2010 mit einem Wachstum von 3,0 Prozent, für 2011 von 1,4%. Erst 2012 dürfte die japanische Wirtschaftsleistung also wieder das Niveau von 2008 erreichen. Obwohl die Ausfuhren japanischer Firmen – vor allem nach China – wieder deutlich gestiegen sind, dauert die Deflation in Japan an, stagnieren die privaten Konsumausgaben. Vor allem aber fällt der Kurs des Dollars gegenüber dem Yen immer weiter. Ende Oktober gab es für einen Dollar nur noch 80 japanische Yen. Der Dollar näherte sich damit seinem bisherigen Allzeit-Tief gegenüber dem Yen aus dem Jahr 1995. Zum Vergleich: Ende 2005 gab es für einen Dollar noch 120 Yen. In fünf Jahren ist damit der Kurs der japanischen Währung gegenüber dem Dollar um 33% gestiegen. Entsprechend haben sich die Ausfuhren aus Japan in die USA verteuert. Die japanische Zentralbank interveniert

inzwischen offen an den Devisenmärkten, um den Kursanstieg des Yen zu bremsen. Währenddessen versucht die Regierung, mit immer neuen Konjunkturprogrammen trotz horrender Staatsschulden die wirtschaftliche Stagnation zu beenden.

Große Unterschiede in der EU

Auch in der europäischen Union ist die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin sehr unterschiedlich. Für Großbritannien etwa – ähnlich wie die USA von einer noch nicht überwundenen Finanz- und Immobilienkrise gebeutelt – erwarten die Institute nach dem Rückgang des BIP um 4,9% in 2009 für dieses Jahr nur einen geringen Anstieg um 1,7%, für 2011 von 1,2 Prozent. Damit würde das Land erst gegen Ende 2012 wieder das wirtschaftliche Niveau von Ende 2008 erreichen. Ähnlich in Spanien: Nach einem Rückgang des BIP von 3,6% im Vorjahr erwarten die Institute für 2010 einen erneuten Rückgang des BIP um 0,3 Prozent und für 2011 einen minimalen Anstieg um 0,5%.

Noch schlechter sieht es für Griechenland aus. Nach einem Rückgang des BIP um 2 Prozent in 2009 erwarten die Institute für 2010 einen erneuten Rückgang um 3,9 Prozent, für 2011 um 2,1 Prozent. Das sind drei Jahre Rezession, drei Jahre sinkende Einkommen, steigende Arbeitslosigkeit. Ende 2011 erwarten die Institute für Griechenland eine Arbeitslosenrate von 14,0 Prozent – das wäre deutlich höher als im ärmsten ostdeutschen Bundesland, in Mecklenburg-Vorpommern.

In Spanien könnte die Arbeitslosenrate bis 2011 sogar auf 21,0 Prozent ansteigen. Düster sieht es auch in Italien aus, wo das Bruttoinlandsprodukt 2009 um 5% fiel. Für 2010 und 2011 erwarten die Institute nur ein jährliches Wachstum von 0,9 Prozent. Auch in den Folgejahren dürfte sich daran nicht viel ändern, befürchten sie. Ein Grund dafür sei die Wettbewerbsschwäche der italienischen Industrie, die wegen ihrer Produktstruktur (Möbel, Textilien, Schuhe usw.) besonders starker Konkurrenz der Schwellenländer ausgesetzt sei.

Noch gravierender ist der wirtschaftliche Absturz in den baltischen Ländern, in Bulgarien, Rumänien und Ungarn. Die drei baltischen Länder verzeichneten 2009 Rückgänge des BIP um 14,1% (Estland), 14,8% (Litauen) und 18 Prozent (Lettland). In Ungarn fiel das BIP um 6,3%, in Bulgarien um 5 Prozent, in Rumänien um 7,1 Prozent. In allen diesen Ländern, im Baltikum wie in Südosteuropa, wird sich die Wirtschaft nach derzeitigen Prognosen frühestens 2012, vermutlich aber erst Mitte des Jahrzehnts von den Folgen der Weltwirtschaftskrise Jahre erholen. Hohe und steigende Arbeitslosigkeit, wachsende soziale Spannungen,

Perspektivlosigkeit und eine sich wieder ausbreitende Armut sind die Probleme in diesen Ländern.

EU ohne Entwicklungsstrategie

Damit steht auch die europäische Wirtschafts- und Entwicklungsstrategie auf dem Prüfstand. Schließlich hatten sowohl die baltischen Länder wie auch die Länder Süd- und Südosteuropas in den vergangenen Jahren gegenüber den industriellen Kerngebieten der EU – Frankreich, England, die Benelux-Staaten, Deutschland und Skandinavien – Jahr für Jahr wirtschaftlich aufgeholt. Diese Aufholbewegung ist durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise abrupt gestoppt, zum Teil in ihr Gegenteil verkehrt worden. Während die Wirtschaft hierzulande wieder Tritt gefasst hat und die industrielle Produktion, aber auch Umsätze und Beschäftigung in Bereichen wie Handwerk und Bau wieder anziehen, nehmen die soziale Not und die Armut in den Randgebieten der EU, im Mittelmeerraum, im Baltikum und in Südosteuropa, dramatisch zu.

Kein europäischer „New Deal“

Die USA hatten in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als Antwort auf die damalige Weltwirtschaftskrise, ihren „New Deal“. Große, kontinentale Infrastrukturprojekte, öffentliche Beschäftigungsprogramme, eine Modernisierung der Landwirtschaft, die Schaffung von Sozialversicherungen und mehr Rechte für die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften gehörten damals zum Programm des „New Deal“. Auf Deutsch heißt „New Deal“: „die Karten werden neu gemischt“: Neue Chancen für die Menschen, um aus Armut und Arbeitslosigkeit zu entkommen.

In der Europäischen Union aber dominiert beim Thema Krisenbewältigung und Krisenabwehr bornierte Engstirnigkeit. Das nationalistische „Sankt-Florian-Prinzip“, jeder ist sich selbst der nächste, scheint jedes nachdenken über Möglichkeiten eines gemeinsamen Handelns in den Hintergrund gedrückt zu haben. In den späten 60er und frühen 70er Jahren des

letzten Jahrhunderts wurde eine solche Politik vom damaligen Sachverständigenrat der Bundesregierung noch als „Beggary thy neighbour“-Politik – auf Deutsch: versuch dich zu retten, indem du dem Nachbarn schadest – und als überholter Wirtschaftsnationalismus kritisiert. Heute scheint eine solche Politik Leitmaxime der schwarz-gelben Bundesregierung und weitgehend wohl auch der europäischen Kommission geworden zu sein.

Auch die Wirtschaftsinstitute bleiben beim Thema Europa und europäische Krisenbewältigung eher sprachlos und ideenlos. Zwar müssen auch sie zugeben, dass die Krise die Spannungen und Gegensätze in der Europäischen Union vertieft hat. „Länder, die über viele Jahre ein hohes Leistungsbilanzdefizit und einen Boom hatten, sind in eine tiefe Rezession gestürzt, während sich das Überschussland und ehemalige Schlusslicht Deutschland ... von der Krise erholt“, räumen sie ein. (S. 49)

Außer dem beschwörenden Mantra, alle EU-Länder müssten ihre Haushalte „konsolidieren“ und Schulden abbauen (wie soll das gehen bei sinkender Wirtschaftsleistung? Sollen jetzt alle Regierungen zu Sparmaßnahmen à la Brüning greifen und damit die Abwärtsspirale vertiefen?), kommt von den Instituten aber kein Vorschlag für die bessere europäische Politik. Im Gegenteil: Die Forderung, Deutschland solle mehr für seine Binnennachfrage tun und so andere EU-Länder entlasten, weisen sie explizit zurück. Das sei kurieren an „Symptomen“. Den Vorschlägen der Europäischen Kommission, wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen den EU-Staaten durch politische Mechanismen gegenzusteuern, stehe man sogar „äußerst kritisch gegenüber“, heißt es wörtlich im Gutachten.

Dass die relativ wohlhabendsten Regionen der EU wirtschaftlich wachsen, während der Rest abgehängt wird, scheint für die Wirtschaftsinstitute kein Problem, sondern im Gegenteil erstrebenswertes Ziel zu sein. Eine „BRIC-Story der Europäischen Union“, eine zielgerichtete Politik des Ausgleichs der wirtschaftlichen Unterschiede, des Aufholens der armen Gebiete in der EU zu den eher wohlhabenden Regionen kommt in ihrem vom FDP-Mann Brüderle finanzierten Gutachten schlicht nicht vor.

Bei soviel Ressentiments, Engstirnigkeit und nationalistischen Krisenbewältigungsstrategien sieht es schlecht aus für die Zukunft der Europäischen Union.

rül



Beschäftigungsentwicklung während der „New-Deal“-Periode (ab 1933) in den USA: Vollbeschäftigung gab es nach dem Kriegseintritt der USA.

Das Herbstgutachten ist kostenlos herunter zu laden auf den Internet-Seiten der Institute, z. B. unter <http://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/konjunkturprognosen/konjunkt/2010/gd-herbst2010.pdf>

Der Kampf um die Deutungshoheit geht weiter, Ende bisher offen

Die Auseinandersetzung um das Bahnprojekt Stuttgart 21 hat sich etwas von der Straße weg vor die Fernsehschirme verlagert. Die Demonstrationen der Gegner sind kleiner geworden – am Samstag waren es unter dem Motto „Kultur statt Größenwahn“ um die zehntausend (die Montagsdemo entfiel wegen des Feiertags). Auch die Befürworter des Tiefbahnhofs bringen es inzwischen auf um die fünftausend Demonstranten jede Woche. In den Schlichtungsgesprächen geht es um Deutungshoheit. Auf der einen Seite die Landesregierung, die für sich beansprucht, Infrastrukturprojekte durchsetzen zu können mit dem Verweis auf die technische und planerische Erfahrung der Experten von Bahn und Politik. Auf der anderen Seite die Projektgegner, die diese Kompetenz erschüttern wollen und dazu ihre eigenen Experten in Stellung bringen – ein Konflikt zwischen zwei Eliten/Avantgarden.

Fakten auf den Tisch, das ist gar nicht so einfach

Inzwischen haben die beiden ersten sogenannten Schlichtungsgespräche zwischen den Befürwortern von Stuttgart 21/Neubaustrecke nach Ulm und den Gegnern unter Moderation des ehemaligen CDU-Ministers Dr. Heiner Geißler stattgefunden; bei Erscheinen dieser Zeitschrift gibt es dann das dritte und so weiter im Wochenrhythmus.

Wer keine Zeit (oder Lust) hat, sich rund sechs Stunden Vorträge und Diskussionen pro Termin anzusehen und anzuhören, muss mit den Powerpoint-Präsentationen der Bahnseite sowie von Boris Palmer für die Gegner vorlieb nehmen (z.B. bei www.phoenix.de). Nur am Rande: wer sich einmal die Fernsehaufzeichnungen angetan hat, weiß wieder die Vorzüge des Gedruckten gegenüber den neuen Medien zu schätzen.

Die Powerpoint-Präsentationen offenbaren noch mehr als die Vorträge im Fernsehen die Schwäche des Verfahrens. Heiner Geißler war angetreten mit dem Motto „alle an einen Tisch, alle Fakten auf den Tisch“. Beim ersten Termin sollte es um die Beurteilung der Leistungsfähigkeit eines tiefergelegten Bahnhofs im Vergleich zu dem bisherigen Kopfbahnhof gehen. In diesem Punkt sind aber der Zuschauer und auch der Leser auch nach der zweiten Sitzung zu diesem Thema kaum klüger wie zuvor. Wenn die Bahn eine Berechnung vorlegte, wurde sie sofort wieder bezweifelt; wer ohne Mandat für das Projekt ist, kann schnell was behaupten, was die Gegenseite nicht auf der Stelle entkräften kann.

Die Bahn verweist auf „Simulationen“, die man ohne Software und Eisenbahntechnische Kenntnisse aber nicht nachvollziehen kann. Dort, wo es konkret wurde, war der Schlichter Geißler voll überfordert. Zum Beispiel: Den Vortrag der Fahrplanexpertin Dipl.-Ing. Dagmar Starke unterbrach er immer wieder mit Bemerkungen, sie solle sich verständlicher ausdrücken.

Boris Palmer (er ging in eine Waldorfschule, studierte Mathematik und Geschichte fürs Lehramt in Tübingen, war dann Grünen-Mitarbeiter im Bundestag, Landtagsabgeordneter der Grünen und ist derzeit Oberbürger-

meister von Tübingen in Elternzeit) hat die Sprecherrolle der Gegner an sich gezogen. Seine Taktik: den Eindruck von Verlässlichkeit der Bahn bei Planung und Betrieb zu erschüttern.

Geißler schaffte es dann in der Folge nicht, einzelne Punkte wirklich einer Klärung zuzuführen. Zum Beispiel Güterverkehr: Palmer behauptete, das Projekt S 21 würde für den Güterverkehr nichts bringen. Kefer vom Bahnvorstand hielt dagegen, es bringe doch was, weil die alte Strecke entlastet wird. Das gestand Palmer dann schließlich auch zu, dass auf der alten Bahnstrecke tatsächlich mehr Güterzüge fahren können, wenn der schnelle Personenverkehr dort wegfällt. Geißler versuchte daraus als Konsens aller Beteiligten festzustellen, dass der Güterverkehr also einen Vorteil aus der Schnellbahnstrecke ziehen könne. Nein, war dann die Replik Palmers, denn die Strecke über die Geislinger Steige sei für den Güterverkehr eigentlich ziemlich unwichtig. Die darauf von Bahnvorstand Kefer angezielte Diskussion über die Strategie der Bahn beim Güterverkehr insgesamt brach Geißler ab, weil sie zu weit vom Thema abführte. Ergebnis: wer es jetzt selber wirklich genau wissen will, muss anfangen, die Verkehrspläne des Bundes und die endlosen Diskussionen im Bundestag und den Fachausschüssen zu studieren.

Wer demonstriert gegen Stuttgart 21?

Bei einer Demonstration am 18. Oktober, an der ca. 15- bis zwanzigtausend Menschen teilnahmen, verteilten Wissenschaftler Fragebogen, um zu erfahren, wer eigentlich gegen Stuttgart 21 demonstriert.

Am 27. Oktober veröffentlicht das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) erste Ergebnisse (sie sind auf der Internetseite www.wzb.eu abrufbar). Die Zahlen widerlegen den häufig in den Medien vermittelten Eindruck, hier protestiere im wesentlichen das „Bürgertum der Halbhöhenlagen“ Stuttgarts, und daher müsse die CDU befürchten, ihre

Abgesehen vom Ausgang der Schlichtung, ist die spannende Frage, mit welchem Verfahren können solche großen Infrastrukturprojekte demokratisch(er) abgewickelt werden, und bringt die Schlichtung in diese Richtung Erkenntnisse.

Man hat den Eindruck, dass nicht nur die Projektgegner den Weg „Planfeststellungsverfahren“ für (inzwischen) ziemlich ungeeignet halten. Dieses Verfahren mit Grundsatzbeschluss der politischen Gremien, dann Planung durch die Verwaltung (oder den Investor), dann öffentliche Erörterung dieser Planung mit Einsprüchen und der Möglichkeit von Gerichtsverfahren war einst als Reaktion auf die (Umwelt-)Protestbewegungen in den siebziger und achtziger Jahren entwickelt worden. Für die Investoren hat es den Nachteil, dass es das Verfahren stark verlängert und die Berücksichtigung von Einwänden es in der Regel auch verteuert und dennoch Proteste bei Baubeginn nicht verhindert.

Für die Gegner eines Projekts hat es den Nachteil, dass sie auf den Weg verwiesen werden, ein Privatinteresse vorbringen zu müssen, das durch den Bau verletzt wird (das Haus, unter dem der Tunnel verläuft, könnte einstürzen usw.).

Eine Abwägung des Allgemeininteresses ist derzeit auf den Vorlauf im Parlament beschränkt; eine Einflussnahme darauf geht nur auf dem üblichen politischen Weg (Diskussion in Parteien, Druck auf die Abgeordneten), letztlich durch Wahl und Abwahl. Bürger- und Volksentscheide als Mittel der direkten Demokratie sind da ein Ausweg. Aber eine Lösung, wie dann in einem solchen Abwägungsprozess schwierige fachliche Themen behandelt werden können, ist noch nicht gefunden. Die Schlichtung mit Diskussion im Fernsehen war bisher jedenfalls nicht überzeugend.

Kernwählerschaft zu verlieren. Befragt, wen sie wählen würden, wenn morgen Landtagswahlen wären, antworteten knapp 80% mit „Grüne“, die Linke käme in diesem Kreis noch auf 11,5%; die CDU wollte niemand wählen. Es sind auch nicht allzu viele, die von anderen Parteien gewechselt haben: Bei den letzten Landtagswahlen hatten 6,4% CDU gewählt; aber 61% waren bereits Grünen-Wähler und 11% stimmten für die Linke; am ehesten findet man enttäuschte SPD-Wähler: 12,8% hatten noch beim letzten Mal die Sozialdemokraten gewählt; jetzt würden unter den Demonstrierenden nur

Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre ...

Institut	Auftraggeber	Befragte	Datum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Sonstige
TNS Forschung	SPIEGEL	1.002 06.10.–07.10.	09.10.2010	34 %	19 %	32 %	6 %	5 %	4 %
abs Marktforschung	Ulmer City Marketing	968 05.10.–06.10.	08.10.2010	28 %	17 %	36 %	8 %	7 %	?
Infratest dimap	Stuttgarter Zeitung SWR	1.000 02.09.–07.09.	08.09.2010	35 %	21 %	27 %	5 %	5 %	7 %
Forsa	Stern	1.068 16.08.–27.08.	01.09.2010	37 %	24 %	24 %	6 %	4 %	5 %
Infratest Politikforschung	SPD-LT-Fraktion	1.000 12.07.–15.07.	27.07.2010	37 %	25 %	20 %	7 %	5 %	6 %

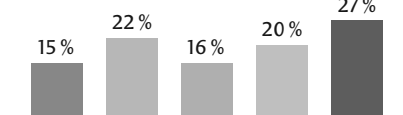
1,5% die SPD in den Landtag wählen.

Auch andere Antworten dieser Umfrage deuten darauf hin, dass nicht „das Volk“ gegen den Bahnhofsumbau protestiert, sondern die Grünen in ihrem Wählerfeld optimal mobilisieren. Es sind vor allem Personen aus der Altersgruppe der 40 bis 64-jährigen, die

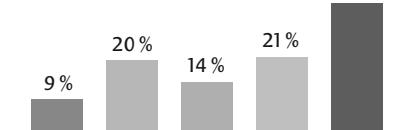
Wie beurteilen Sie persönlich „Stuttgart 21“?

positiv unentschieden negativ
eher positiv eher negativ

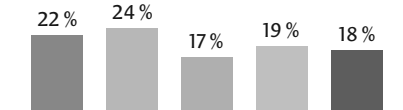
Alle Befragten



Frauen



Männer



Ergebnisse einer Meinungsumfrage von Prof. Brettschneider (Uni Hohenheim) in Stuttgart und Umland unmittelbar vor dem Beginn der Schlichtung mit Heiner Geißler. Unübersehbar die deutlich unterschiedliche Bewertung des Projekts durch Männer und Frauen.

unter 25-jährigen sind mit 7% gegenüber 25% in der Gesamtbevölkerung wenig bestimmend. Die akademisch gebildeten Personen sind überrepräsentiert. Bei den Sektoren, in denen Demonstrierende arbeiten, ist das produzierende Gewerbe (14%) unter- und der öffentliche Dienst (knapp 30%) überrepräsentiert.

Ein großer Prozentsatz, nämlich 78,5%, sagt von sich, dass er „protest-erfahren“ sei auch jenseits des Konfliktes um Stuttgart 21, und immerhin fast 44% sagen von sich, sie haben schon an direkten Aktionen (Blockade, Besetzung, ziviler Ungehorsam) teilgenommen.

Das Demokratiebild der Demonstrierenden ergänzt den Eindruck, dass es eher APO-geprägte Personen sind: Wahlen werden von knapp 60% befürwortet, aber die Behauptung, „in der Politik passieren viele Dinge im Verborgenen“, findet bei immerhin 73% „völlige Zustimmung“ und bei weiteren 24% „eher Zustimmung“ (siehe auch Kasten). Interessant auch wie die regionalen Medien in der Berichterstattung über Stuttgart 21 beurteilt werden: Jeweils deutliche Mehrheiten halten die beiden lokalen Zeitungen („Stuttgarter Zeitung“ und „Stuttgarter Nachrichten“) für parteiisch, während das regionale Fernsehen mehrheitlich als informativ beurteilt wird – ein Indiz vielleicht, warum sich die S21-Gegner für Schlichtungsgespräche in der Form einer Talkshow stark gemacht haben. *Alfred Küstler*

Brasilien: Mercedes-Arbeiter beenden Streik

Der Streik im brasilianischen Mercedes-Benz-Werk São Bernardo do Campo ist beendet. Wie die zuständige Gewerkschaft der Metallarbeiter in der Region Campinas mitteilte, sieht die Tarifeinigung unter anderem eine 10,5-prozentigen Gehaltssteigerung vor. Bislang hatten die Mercedes-Arbeiter, die sich am 16. September für einen Streik ausgesprochen hatten, das Arbeitgeberangebot einer 10,5-prozentigen Einkommenssteigerung als zu niedrig abgelehnt. Nach Angaben der Gewerkschaft sieht die Tarifeinigung darüber hinaus die Einführung von Mindestlöhnen vor. Außerdem sollen Gespräche über das Zurückholen von zuvor ausgelagerten Produktionsprozessen aufgenommen werden. Zuvor hatte schon die Gewerkschaft SMABC eine Tarifeinigung mit den wichtigsten Autoherstellern in Brasilien erzielt. Die Gewerkschaft vertritt die Arbeiter der Auto- und Metallindustrie im Großraum Sao Paulo. In anderen Teilen des Landes wurden die Verhandlungen fortgesetzt.

Quelle: finanztreff.de, 29.9.2010

Indien: Neuer Bericht über den Tod von Teearbeitern

Ein von der IUL am 10. Oktober veröffentlichter Bericht enthält Einzelheiten über weitgehende Menschenrechtsverletzungen auf der von Tata kontrollierten Powai-Teeplantage in Assam, Indien. Der Bericht untersucht den Tod des 25 Jahre alten Powai-Arbeiters Gopal Tanti, der beim Versprühen von Pestiziden zusammenbrach. Tanti wurde ärztliche Behandlung verweigert, und man ließ ihn auf dem Feld sterben. Die Untersuchung hat ergeben, dass die Arbeiter/innen auf dieser Plantage hochgiftige Chemikalien versprühen und handhaben, ohne minimale Schutzkleidung und andere unerlässliche Vorsichtsmaßnahmen. Die Untersuchung zeigt, dass selbst nach Gopal Tantis Tod diese Praktiken anhalten. Als Beschäftigte der Plantage sich spontan versammelten, um gegen den Tod von Tanti zu protestieren, eröffnete die Polizei ohne Warnung das Feuer, wobei zwei Personen getötet (beide die Söhne von Beschäftigten der Powai-Teeplantage) und mindestens 15 schwer verletzt wurden. Diese Ereignisse fanden am 28. Mai statt. Im Juli rief die IUL auf Wunsch der Gewerkschaften in Assam eine Gruppe von Gewerkschaftern und Rechtsexperten zusammen, um die Todesfälle und die näheren Umstände zu untersuchen. Die Untersuchung musste aufgrund von Drohungen der Powai-Betriebsleitung abrupt abgebrochen werden. Die 930 Hektar große Powai-Plantage

Aussagen zum politischen System und zu Politikern

(aus der Umfrage des WZB, S. 8)

	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Neutral	Lehne eher ab	Lehne völlig ab
Ich sehe keinen Nutzen in Wahlen. Parteien machen ohnehin was sie wollen.	8,0	18,5	13,8	31,8	27,9
In der Politik passieren viele Dinge im Verborgenen.	73,1	24,23	2,1	0,5	0,1
Politische Parteien sind nur an meiner Stimme, aber nicht an meinen Ideen interessiert.	39,48	41,21	14,36	4,6	0,4
Für Leute wie mich ist Politik viel zu kompliziert; man muss Experte sein, um Politik zu verstehen.	1,4	7,3	14,3	38,6	38,4
Wenn Leute wie ich ihre Meinung gegenüber Politikern kundtun, dann wird diese Meinung auch berücksichtigt.	0,6	4,7	20,0	47,0	27,8



hat eine der weltweit größten Teeverarbeitungsfabriken und beschäftigt rund 1800 angestellte Arbeiter/innen und 1200 Zeitarbeitskräfte. Die Plantage ist im Besitz von Amalgamated Plantations Private Limited (APPL), ein von Tata Global Beverages kontrolliertes Unternehmen. Die Internationale Finanzierungsgesellschaft (IFC) der Weltbank ist einer der Aktionäre von APPL. Tata und APPL stehen schon wegen brutaler Attacken auf Teearbeiter/innen und ihre Rechte in Westbengalen im Kreuzfeuer der Kritik. Tata ist über Tata Global Beverages (vormals Tata Tea) Eigentümer der Marke Tetley, eine der weltweit meistverkauften Teesorten und Marktführer in Großbritannien, Australien, Neuseeland und Nordamerika.

Quelle: <http://cms.iuf.org> 18.10.2010

Kolumbien: Böartige gewerkschaftsfeindliche Offensive

Seatech International ist ein kolumbianischer Thunfischverarbeiter, der sich dazu verpflichtet hat, „der Gesellschaft eine gesunde Umwelt mit nachhaltiger Entwicklung“ zu geben. In dem Großbetrieb des Unternehmens in Cartagena stellen 1500 Beschäftigte Van Camp's Markenerzeugnisse für den Export in ganz Südamerika her. Doch nur 13 dieser Beschäftigten haben einen Dauervertrag. Alle übrigen sind Zeit- und Gelegenheitsarbeitskräfte, die jederzeit entlassen werden können. Viele Arbeitnehmer/innen in dem Betrieb werden seit Jahrzehnten mit solchen befristeten Verträgen beschäftigt. Laut dem Personaldirektor des Unternehmens, Jaime Davila Pestana, ist es „nicht möglich“, direkte Beschäftigte zu haben. Am 7. August gründeten einhundert Seatech-Beschäftigte eine Gewerkschaft, die Gewerkschaft der Arbeitnehmer/innen der Lebensmittelindustrie. Von der

Gründung der Gewerkschaft zwei Tage später in Kenntnis gesetzt, begann die Betriebsleitung unverzüglich mit der Entlassung von Mitgliedern, darunter die meisten der Gewerkschaftsfunktionäre. Die Entlassungen gingen bis zum 12. August weiter, als der Betrieb „für Wartungsarbeiten“ bis zum 23. August geschlossen wurde. Die Zahl der Entlassenen stieg dann auf 87. Gewerkschaftsaktivisten bei Seatech haben eine Vereinigung gebildet, um die Epidemie der Verletzungen durch wiederkehrende Belastung, von denen eine große Zahl der Beschäftigten betroffen ist, zu bewältigen. Die Fundación Manos Muertas (Stiftung Tote Hände) hilft den Opfern des Karpaltunnelsyndroms und anderer RSI-Schädigungen, die auf die strapaziösen Arbeitszeiten und das strapaziöse Arbeitstempo zurückzuführen sind. RSI-Schädigungen werden nicht als Berufskrankheiten anerkannt, sodass es Seatech freisteht, arbeitsunfähige Arbeitnehmer/innen ohne Entschädigung zu entlassen. Die Seatech-Beschäftigten setzen ihre Mobilisierung für die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeitnehmer/innen, die Anerkennung der Gewerkschaft und Verhandlungen für eine Kollektivvereinbarung trotz der Komplizenschaft der örtlichen Polizei und von Regierungsbeamten fort.

Quelle: iuf.org 30.9.2010

China: Foxconn missbraucht Arbeitskräfte

Bereits vor einigen Monaten machte der Foxconn-Konzern mit Vorwürfen wegen seiner mangelhaften Arbeitsbedingungen von sich reden. Jetzt brachte eine neue Untersuchung erschreckendes zum Vorschein. Dem in Taiwan ansässigen Foxconn Konzern, der Vertragsproduzent für Firmen wie Apple ist, wird vorgeworfen, Arbeitskräfte in seinen Fabriken auf dem chinesischen

Festland zu missbrauchen. Dies ist das Untersuchungsergebnis eines neu veröffentlichten Berichtes, der von mehr als 60 Lehrern und Studenten an insgesamt 20 Universitäten auf dem Festland, Taiwan und Hongkong nach einer zweimonatigen Feldforschung erhoben wurde. Beschimpfungen und harte Strafen von Praktikanten, schlechte Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz sowie unerfüllte Lohnerhöhungversprechen wurden in dem Bericht genannt, wie die „China Business News“ berichtete.

Nach einer Reihe von Selbstmorden unter Foxconn-Angestellten vor fünf Monaten versprach die Firma, die Löhne ihrer Arbeiter um 30% anzuheben. Diese Maßnahme von Foxconn hatte eine Reihe von Lohnerhöhung in der Fertigungsbranche zur Folge.

Die Umfrage unter den Arbeitern beim Foxconn-Konzern zeigte allerdings, dass ihre tatsächlichen Einkommen nicht angehoben worden waren, sondern nur umverteilt worden sind. Das Basisgehalt eines Arbeiters lag im Mai bei etwas 1800 RMB. Es wurde im August offiziell auf 2000 erhöht. Lohnzuschüsse und andere Prämien am Quartal- und Jahresende wurden dafür aber aufgehoben. Zudem sei die Arbeitsmenge nach der sogenannten „Lohnerhöhung“ ebenfalls angestiegen. Die unbezahlten Überstunden unter den Arbeitern nahmen demnach zu.

Xu Qian, Mitarbeiter bei Foxconn, sagte „Global Times“, dass mehr als die Hälfte der Mitarbeiter in seiner Abteilung Praktikanten seien und die Fluktuation enorm hoch sei. „Mein Lehrmeister ist bloß 17 Jahre alt. Er hat nur ein Jahr hier gearbeitet, gilt aber bereits als erfahrener Mitarbeiter“, sagte Xu.

Obwohl der Ruf des Unternehmen wegen der Selbstmordskandale stark gelitten hat, ist Foxconn unter Studenten als Ort für ein Praktikum immer noch sehr beliebt. Hunderttausende von Kandidaten überschwemmen die Foxconn-Filiale in Zhengzhou im August.

Lin Xinqi, Professor an der School of Labor and Human Resources an der Volksuniversität Chinas, sagte gegenüber „Global Times“, dass der Markenname des Unternehmens Foxconn die Firma zu einem begehrten Ziel unter Studenten mache. „Studenten konkurrieren um diese Stellen in der Hoffnung, dass sie sich einen festen Arbeitsvertrag nach dem Praktikum sichern können“, sagte Lin. „Die Gesetzeslücken und mangelhaften Verordnungen geben dem Unternehmen die Gelegenheit, die Praktikanten auszunutzen. China muss relevante Gesetze oder Vorschriften für den Schutz von Praktikanten erlassen“, sagte Lin.

Quelle: german.china.org.cn, 9.10.2010



Castor-Strecken-Aktionstag in mehr als 100 Orten. BERLIN. Weit mehr als 10 000 Menschen haben unter dem Motto „Der Castor kommt zu dir – komm ihm zuvor!“ am Samstag, 23.10., beim bundesweiten dezentralen Castor-Strecken-Aktionstag gegen Atomenergie protestiert. In mehr als 100 Orten entlang des gesamten Castor-Schienennetzes protestierten jeweils zwischen zehn und mehr als tausend AtomkraftgegnerInnen an Bahnhöfen, auf Brücken und neben Bahndämmen gegen die Strahlenmülltransporte.

Am 6.11. gegen Castor-Transporte

GORLEBEN. Für den 6. November rufen BUND und andere Organisationen zur großen Auftaktdemo gegen die Castor-Transporte im Wendland auf. In ihrem Aufruf heißt es: „Wenn die Politik so einseitig die Interessen der großen Stromkonzerne vertritt und damit die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung hintan stellt, dann werden wir uns dieser Politik auch aktiv widersetzen! Deshalb beteiligt sich der BUND außerdem an der gewaltfreien Blockade des Castor-Transportes der Kampagne ‚X-tausendmal quer‘. Mit einer Aktion des Zivilen Ungehorsams wollen wir ein entschlossenes Zeichen setzen: X-Tausende Menschen widersetzen sich gemeinsam dem Transport mit einer großen, gewaltfreien, aber entschlossenen Sitzblockade. Unsere Botschaft an Regierung und Konzerne: Die Menschen wollen, dass endlich Schluss ist mit der Atomenergie. Wir setzen auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz, statt auf eine überkommene Risikotechnologie!“ www.bund.net

Demonstration zur Innenministerkonferenz in Hamburg

LANGENHAGEN. Die Konferenz der Innenminister der CDU-geführten Bundesländer hat am 14. Oktober in Langenhagen/Niedersachsen getagt. Auf dieser Sitzung sprachen sich die christlichen Innenminister gegen die von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen erhobene Forderung nach Abschiebungsstopps bei Gefahr für Leib und Leben Betroffener aus. Solche Forderungen gelten den Ministern – insbesondere mit Blick auf Syrien und den Kosovo – als „ein massives Rückführungshindernis“. Die CDU-Innenminister machen damit deutlich, dass ihnen rechtsstaatliche Entscheidungen über humanitäres Menschenrecht gehen. Die Forderung nach Abschiebestopps, z.B. für Roma aus dem Kosovo oder für Oppositionelle aus Syrien, ginge mit dem Verlust des Respekts vor gerichtlichen Entscheidungen und des Rechtsstaates einher, behaupten die Unionsregierungs-Innenminister. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen lehnt diesen Kuhhandel mit dem Rechtsstaatsprinzip zugunsten humanitärer Schutzansprüche

Betroffener ab. Die aktuelle Abschiebungspolitik des Bundes und der Länder, die sich hinsichtlich ethnischer Diskriminierung und Perspektivlosigkeit im Kosovo sowie den nachweislich im Folterstaat Syrien drohenden Rückkehrgefahren blind zeigt, ist allerdings tatsächlich geeignet, den Rechtsstaat zu beschädigen. Die Flüchtlingsräte aller Bundesländer und andere Organisationen rufen daher anlässlich der Herbstkonferenz der Innenminister aus Bund und Ländern zur Demonstration am 17. November in Hamburg auf – für Bleiberecht und gegen Abschiebungen! www.nds-fluerat.org

„Gerecht geht anders“ – Aktionen bis 13. November

BERLIN. Unter dem Motto „Gerecht geht anders!“ ruft Verdi bundesweit vom 24. Oktober bis 13. November zu Aktionen insbesondere in den Betrieben, Verwaltungen und auch in der Öffentlichkeit gegen die soziale Schieflage der Politik von CDU/CSU und FDP auf: Die Bundesregierung hat ein Sparpaket verabschiedet, das wieder einmal diejenigen tragen sollen, die sich sowieso schon jeden Euro vom Mund absparen. Über eine Abschaffung der Gewerbesteuer wird in Politikerkreisen ernsthaft

nachgedacht, sogar unter Finanzpolitikern, die eigentlich keinen Cent zu verschenken haben. Aber gerecht geht es in Deutschland schon lange nicht mehr zu. Deshalb geht es bei den Aktionswochen, die auch vom DGB sowie den anderen DGB-Mitgliedsgewerkschaften getragen werden, um • die Ausgestaltung des Gesundheitswesens und seiner Finanzierung, • die Steuerpolitik der Bundesregierung, • den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge und ihre Finanzierung • sowie die Sicherung einer auskömmlichen Rente und die Gestaltung des gesetzlichen Rentenalters. *Außerdem fordert Verdi bei den Aktionswochen:* • bessere Entlohnungsbedingungen in der Leiharbeit, • bessere Chancen für unsere Jugend in Punkto Übernahme nach der Ausbildung • und das Recht auf eine gute Ausbildung.

<http://gerecht-geht-anders.de/aktionswochen>

Friedensorganisationen fordern Stopp aller Rüstungsexporte

BERLIN. Die Bundesrepublik Deutschland ist für zwei Jahre in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewählt worden. In ihrer Charta haben sich die UN-Mitgliedsstaaten das Ziel gesetzt, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“. Die Vereinten Nationen wollen ihre Kräfte vereinen, „um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren“. „Von diesem selbst gesetzten Ziel sind die Vereinten Nationen heute sehr weit entfernt“, kritisierte Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) und Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.). „Anstatt konsequent zur Konfliktprävention und -deeskalation beizutragen, liefern allein die fünf Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats rund 67 Prozent – also zwei Drittel – aller Waffen. Mit dem Export von Gewehren, Kampfpanzern, Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen gießen sie Öl ins Feuer kriegerischer Auseinandersetzungen in aller Welt.“ Im Namen der vier Friedensorganisationen forderte Grässlin von der Bundeskanzlerin: „Als Mitglied des UN-Sicherheitsrats muss Deutschland die

Chance nutzen und in den kommenden beiden Jahren eine langfristig angelegte internationale Abrüstungsinitiative starten. Wer den Weltfrieden wahren will, der muss Waffenexporte stoppen und sich zugleich für die zivile Konfliktbearbeitung stark machen.“

www.kritischeaktionaeere.de

Arbeit zum Discountpreis – ausgenutzt bei Lidl

BONN. Obwohl das Eintreten für Arbeitsrechte in Bangladesch regelmäßig mit Einschüchterungen und Verhaftungen beantwortet wird, berichten zwei Näherinnen von den miserablen Arbeitsbedingungen bei Zulieferern deutscher Discounter wie Lidl: In den Fabriken werden die ArbeiterInnen systematisch ausgenutzt. Armutslöhne sind die Regel, freie Gewerkschaften die Ausnahme. Eine Studie der Kampagne für Saubere Kleidung belegt die schweren Arbeitsrechtsverletzungen. Sie war Basis für eine im April 2010 erfolgreich eingereichte Klage gegen den Discounter Lidl.

Vom 2. – 19. November reisen die Näherinnen auf Einladung der Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) durch elf Städte Deutschlands.

Sie werden von dem bangladeschischen Verfasser der Studie und einer Anwältin der indonesischen Nichtregierungsorganisation TURC begleitet, die sich im Rahmen der Kampagne für einen ‚Asiatischen Grundlohn‘ über die Grenzen Asiens hinweg für einen existenzsichernden Lohn einsetzt. So soll einem Ausspielen der Länder untereinander entgegen gewirkt werden. Unter dem Motto „Rechte für Menschen, Regeln für Unternehmen“ fordert die Kampagne für Saubere Kleidung von der Bundesregierung und der EU, verbindliche Regeln für Unternehmen einzuführen.

2.11.: Bonn. 4.11.: München. 8.11.: Leipzig. 11.11.: Hamburg. 16.11.: Münster.

www.saubere-kleidung.de

Weniger Machtkampf – mehr Inhalte!

DÜSSELDORF/NRW. Gestern stellte die Wissenschaftsministerin Schulze die aktuellen Studierendenzahlen für dieses Wintersemester in NRW vor. Die Ergebnisse sind wenig überraschend, denn es wird einmal mehr gezeigt, dass Studiengebühren selektiv wirken. Umso überraschender aber, dass dieser Selektion nicht ein Ende bereitet werden soll, sondern die Fraktionen sich gegeneinander ausspielen. „Die Minderheitsregierung muss ihren Wahlversprechen Taten folgen lassen!“ erklärt Christina Schrandt, Sprecherin des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS). „Um das Ziel der Gebührenfreiheit in NRW umzusetzen, müssen SPD und Grüne auf die Linke

zugehen, so wie die Linke auf Rot-Grün zukommen muss.“ So Schrandt weiter. „Es ist bedauerlich, wie mit der Zukunft junger Menschen gespielt wird, während es anscheinend für die Fraktionen wichtiger ist, Machtkämpfe gegeneinander auszutragen.“ Empört sich Alexander Lang, ebenfalls Sprecher des ABS. „Die Abschaffung der Campusmaut wird nur zusammen klappen, und genau das müssen die rot-grüne Minderheitsregierung und die Linke jetzt angehen!“ so Lang abschließend. Am 8. Oktober – der Tag, an dem der Zeitplan für die Abschaffung der Studiengebühren in Düsseldorf festgeschnürt werden soll – wird sich zeigen, ob eine schnellstmögliche Abschaffung der Studiengebühren von Seiten der Minderheitsregierung gewünscht ist. Das ABS erwartet diesen Tag mit Spannung! www.abs-bund.de/

Neue Aktion für „Mehr Verantwortung bei der Polizei!“

BERLIN. Überall in Deutschland wird momentan die Frage diskutiert, wie rechtswidrige Polizeigewalt verhindert werden kann. Nicht nur der bei vielen Menschen auf Empörung gestoßene Polizeieinsatz gegen Demonstrierende in Stuttgart hat dazu beigetragen. Seit Erscheinen des Amnesty-Berichts „Täter unbekannt“ unterstützen inzwischen viele tausend Menschen auf der Straße, in Fußballstadien, auf Demonstrationen und im Internet die Kampagne „Mehr Verantwortung bei der Polizei“. Ermutigende Entwicklungen gibt es in einigen Bundesländern. In den Landtagen von Schleswig-Holstein, Brandenburg und Niedersachsen wurden Gesetzentwürfe zur Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten eingebracht. In Berlin steht laut dem Innensenator die Einführung der Kennzeichnungspflicht kurz bevor. In Thüringen ist das Tragen des Namensschildes für Streifenpolizisten seit Einführung der blauen Polizeiuniform Pflicht. Um dieser Bewegung in die richtige Richtung die nötige Kraft zu verleihen, ist jetzt zusätzlicher Druck auf die Politik notwendig! Schreiben Sie dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz. www.amnesty.de/

Nötigung

BERLIN. Mit einem vorgeblichen „Hilfsprogramm“ versuchen die Deutsche Bahn AG und ihre Eigentümerin (d.i. die Bundesrepublik Deutschland) den berechtigten Forderungen der überlebenden „Reichsbahn“-Opfer auszuweichen. Wie es in unbestätigten Berichten heißt, bietet die DB AG den Deportierten in Polen, Weißrussland, der Ukraine und Russland pro Kopf sechs bis zwölf Euro an. Die Überlebenden wurden in jungem Alter

mit der „Reichsbahn“ in die deutschen Zwangs- und Vernichtungslager verschleppt. Der ihnen zugedachte Betrag („humanitäre Geste“) soll über drei Jahre gestreckt werden, so dass die betagten und oft hilflosen „Reichsbahn“-Opfer jährlich maximal vier Euro zur Verfügung hätten.

Als „Vermittler“ des Angebots tritt der Vorstand der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ) auf. Damit bestätigen sich Befürchtungen, die der „Zug der Erinnerung“ den internationalen Opferorganisationen Anfang August zur Kenntnis brachte: Die deutsche Verhandlungsführung scheint darauf abzielen, „die Bedürftigkeit der Opfer auszunutzen“ und „ihre tatsächlichen Ansprüche durch Zeitablauf zu erledigen.“ Anlässlich seiner kommenden Mitgliederversammlung will der „Zug der Erinnerung“ entscheiden, wie er die berechtigten Ansprüche der Opfer weiter unterstützen kann – sowohl in Deutschland wie im Ausland.

www.zug-der-erinnerung.de

Bayer, BASF, BP unterstützen Klimaschutzgegner im US-Wahlkampf

Eine Reihe von europäischen Unternehmen finanziert gezielt Klimaschutzgegner im US-amerikanischen Wahlkampf. Diesen Vorwurf hat das Climate Action Network (CAN) Europe in einer neuen Studie erhoben. Nach Angaben des europäischen Klimaschutz-Dachverbandes gehören als deutsche Unternehmen die BASF, Bayer und EON zu den Finanziers. Weitere beteiligte Unternehmen in Europa seien Arcelor, BP, GDF-Suez, Lafarge und Solvay. „Es ist heuchlerisch, dass diese EU-Unternehmen die Anti-Klima-Kreuzzüge in den USA unterstützen. Denn zugleich gehören sie zu den Unternehmen, die sich in der EU gegen stärkere Klimaziele einsetzen – mit dem Argument, dass man sonst Wettbewerbsnachteile gegenüber den USA habe“, erklärte Christoph Bals, politischer Geschäftsführer von Germanwatch. CAN-Europe forderte die Europäischen Unternehmensverbände Business Europe, Cefic, Eurofer, Cembureau, Eurelectric and Europa auf, sich von diesen Aktivitäten zu distanzieren und eine Charta für ihre Mitglieder zu entwickeln, die solche Aktivitäten ausschließt. Germanwatch forderte auch den BDI als Dachverband der Deutschen Industrie zu entsprechendem Handeln auf. Bals forderte zudem: „Die deutsche Regierung sollte sich von solchen Unternehmen nicht für dumm verkaufen lassen. Sie betrachtet es als ein zentrales deutsches Sicherheitsinteresse, den globalen Temperaturanstieg unter zwei Grad zu begrenzen. Die Unternehmen untergraben dieses Ziel.“

www.cbgnetwork.org/

Positionen von Parteien im Stadtbezirk:

CDU: Begrenzung der Verkaufsfläche: Wir sprechen uns für eine begrenzte Verkaufsfläche von maximal 20 000 m² und eine überlegte Auswahl bei der Art der Geschäfte und des geführten Sortiments aus. Durch ein höherwertiges und somit ergänzendes Produktangebot kann das Umfeld von den „Helios-Höfen“ profitieren. Große Überschneidungen mit dem Warenangebot in der Venloer Straße sollten vermieden werden.

Bürgerbeteiligung: Gerade im kommunalpolitischen Bereich sollte den Bürgern vermehrt eine Beteiligung bei der Begleitung von Vorhaben dieser Größe und Bedeutung für ihren Stadtteil ermöglicht werden. Wir sind der Auffassung, dass den Bürgern die Chance gegeben werden sollte, ihr Umfeld aktiv mitzugestalten und sprechen uns daher für eine Einbeziehung der Bewohner in Form von Informations- und Diskussionsveranstaltungen aus.

Bündnis 90/Die Grünen: Die Grünen Ehrenfelder fordern deshalb eine breite Bürgerbeteiligung vor dem Einstieg in die konkreten Planungen und dem Aufstellungsbeschluss für das Planrecht. Um dies zu gewährleisten, sind sowohl die Eigentümer der Flächen als auch Politik und Stadtverwaltung gefordert. Die Grünen werden sich konstruktiv an diesem Prozess beteiligen und ihre Ideen frühzeitig einbringen ... Ein riesiges Einkaufszentrum mit 20 000 bis 30 000 qm Einzelhandelsflächen wird aber die Struktur des Ehrenfelder Einzelhandels und die Existenz vieler Geschäfte massiv gefährden. In diesem Sinne begrüßen wir auch die Aussagen des Kölner Oberbürgermeisters Jürgen Roters, dass es große Einkaufsmärkte unter seiner Ägide auf dem Helios-Gelände nicht geben werde.

Die Linke: Die Ehrenfelder Linken lehnen ein derartiges Einkaufszentrum ab, weil es sozial destabilisierend wirkt:

- Weitere Lohnsenkungen im Einzelhandelsbereich und weiter verschlechterte Arbeitsbedingungen wären die Folgen.
- Weiterer Leerstand in der Venloer Str. würde nicht nur Arbeitsplätze gefährden, sondern auch zu Mietminderungen führen.
- Die Grundrente aller Immobilienbesitzer auf der Venloer Str. würde sinken und die Grundrente der Investoren auf dem Heliosgelände steigen. Eine Entwertung kleineren und mittleren Kapitals wäre die Folge und faktisch findet ein Kapitalabfluss aus Ehrenfeld statt, eine Art Umverteilung von Unten nach Oben.
- Kaufkraft- und Eigentums-Verlust im Stadtbezirk hätte viele Auswirkungen auf das soziale, kulturelle und demokratische Gefüge des Stadtbezirkes.

Lauter Protest auf Bürgerversammlung zum Heliosgelände

Köln. 600 bis 700 Menschen beteiligten sich an der Informationsveranstaltung der Stadt zur künftigen Gestaltung des Heliosgeländes – und damit deutlich mehr, als Stadtverwaltung und Bezirksbürgermeister Wirges erwartet hatten.

Am 15. September saßen auf dem Podium: Der Grundstückseigner Paul Bauwens-Adenauer, Stadtentwicklungsdezernent Bernd Streitberger, Bezirksbürgermeister Josef Wirges, Maria Kröger, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Ralf Beckmann für die Verfasser der Potenzialanalyse, Christof Glatzel für die MFI (Gesellschaft für Immobilienmanagement, betreibt die Köln Arcaden in Kalk) und Bauwens-Geschäftsführer Alexander Jacobi.

Paul Bauwens-Adenauer stellte seine Planungen für das Gelände vor und stieß auf heftige Kritik: Er möchte gemeinsam mit der MFI und der GEG die zur Zeit bestehende Einzelhandelsfläche von 7500 qm auf 20000 qm erweitern, hinzukommen sollen 6000 bis 8000 qm Wohnfläche, 3000 bis 5000 qm

Viele die Anhängerinnen und Anhänger des international bekannten Musikclubs „Underground“ brachten ihre Befürchtungen zum Ausdruck, dass mit dem Bau der Helioshöfe ein international bekannter und weit über Ehrenfeld hinaus beliebter Konzertsort für junge Menschen verloren geht. In verschiedenen Diskussionsbeiträgen entwickelten Ehrenfelder ihre Befürchtung, dass mit dem Bau eines weiteren Einkaufszentrums die Venloer Straße an Attraktivität verliert und dass bestehende Einzelhandelsgeschäfte dem Konkurrenzdruck nicht gewachsen sind. Das Misstrauen gegenüber dem Investor war groß. Die Befürchtungen, dass schon längst alles beschlossen sei, waren auch nach der Veranstaltung nicht zerstreut, obwohl die anwesenden Politiker mehrfach darauf hinwiesen, dass diese Versammlung erst der Beginn der Bürgerbeteiligung sei. Die Bürgerbeteiligung wird stattfinden, die Frage ist, ob es gelingt, zu einem Verfahren zu kommen, das stadtplanerische Vorhaben mit den Interessen der Eigentümer und denen der Ehrenfelder



Büroflächen, 3000 qm Kultur. Das Einkaufszentrum soll geschlossen sein, mit acht Ein- und Ausgängen, nachts wird abgeschlossen – das sind schon recht detaillierte Planvorstellungen. Bauwens-Adenauer kündigte einen internationalen Architektenwettbewerb an.

Stadtentwicklungsdezernent Paul Streitberger bemühte sich, das Vorhaben in Zusammenhang zu den anderen städtebaulichen Entwicklungen in Ehrenfeld zu setzen und brachte seinen Unmut über die Beteiligung der MFI zum Ausdruck, mit denen habe die Stadt bei den Köln Arcaden im Stadtbezirk Kalk schlechte Erfahrungen gemacht – MFI hat 3000 qm mehr gebaut als vertraglich mit der Stadt vereinbart. Für ihn sei zudem ein Verkehrsgutachten unabdingbar.

Bürger zusammenbringt.

Inzwischen hat die Bezirksvertretung außerdem beschlossen, dass vor dem geplanten Architektenwettbewerb für die Gestaltung des Geländes ein städtebaulicher Wettbewerb für das gesamte Umfeld stattfinden soll. Alle Parteien befassen sich mit dem Thema und haben zum Teil ausführliche Positionen beschlossen (siehe Dokumentation). Die Linke hat in einer eigenen Erhebung die Einkaufssituation auf der angrenzenden Venloer Straße ausgewertet und dabei festgestellt, dass mit 27% der Anteil von eigentümergeführten Fachgeschäften des täglichen Bedarfs verhältnismäßig hoch ist. Es spricht viel dafür, einen Prozess anzustoßen, an dem alle Interessierten und Betroffenen beteiligt werden.

uld

NRW-Linke tut sich schwer mit Nachtragshaushalt

Die nordrhein-westfälische Landesregierung von Rot-Grün hat Ende September einen Nachtragshaushalt (1) und einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2010 (2) vorgelegt. Kern der Reform der Gemeindefinanzierung ist die Beteiligung der Kommunen an der Grunderwerbsteuer mit rund 133 Mio. Euro und die Befreiung von der Konsolidierung des Landeshaushaltes mit ca. 166 Mio. Euro. Zu diesen 299 Mio. Euro kommen noch einmal 150 Mio. Euro für den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Tageseinrichtungen dazu – also 449 Mio. Euro.

Da die Landesregierung ankündigt, die seit 2006 gestrichene Beteiligung der Kommunen an der Grunderwerbsteuer „wieder einzuführen“, kann man davon ausgehen, dass die Kommunen in den folgenden Jahren über 100 Mio. (23% von 4/7 des Steueraufkommens, 2010 ca. 1 Mrd. Euro) weiterhin erhalten.

Da das Steuerrecht der Grunderwerbsteuer bei den Bundesländern liegt, hat die rot-grüne Minderheitsre-

gierung einen kleinen Beitrag zur Solidarität mit den Kommunen geleistet. Auch wenn das kein Rettungsschirm für die Kommunen ist, tut sich was. Die rot-rote Landesregierung in Brandenburg hat sogar die Grunderwerbsteuer von 3,5% (Bundesrichtwert) auf 5% erhöht und ebenfalls die Kommunen an den Mehreinnahmen beteiligt.

In NRW wird diese Änderung bei der Gemeindefinanzierung 2010 in den Nachtragshaushalt eingestellt. Und da tut sich die Landtagsfraktion der Linken schwer, dem zu zustimmen. Unter dem Motto Haushalte sind blankes Gift, ruft der Landesvorstand gar dazu auf, den Nachtragshaushalt nicht zu zustimmen. Das wäre mehr als töricht.

Im Nachtragshaushalt sind zwar 1,3 Mrd. Euro für die „Risikoabschirmung der WestLB AG“ vorgesehen. Auch das ist kein Grund den Nachtragshaushalt abzulehnen, weil das Land NRW nicht umhin kommt, diesen Schritt zu gehen, sonst fliegt ihr die Bad Bank mit 80 Mrd. Euro um die Ohren.

Der Nachtragshaushalt hat ein Gesamtvolumen von plus 2,7 Mrd. Euro

– viele Korrekturen, die umgesetzt werden müssen, weil die vorherige schwarz-gelbe Koalition keinen soliden Haushalt beschlossen hatte:

– 236,5 Mio. Euro für Nachteilsausgleich „Wohnentlastung“ an die Kommunen.

– 11 Mio. Euro Erstattung an die Nahverkehrsunternehmen

– 16 Mio. Euro Mehrausgaben beim Wohngeld

– 6,8 Mio. Euro für 1 656 Mehrstellen Personal.

Der Nachtragshaushalt erhöht die Nettoneuverschuldung des Landes auf 8,9 Mrd. Euro. Das wiederum will jetzt die CDU zum Anlass nehmen, die Landesregierung zu verklagen.

Dieses Spielchen der Reaktionäre sollte die Linke keinesfalls dadurch legitimieren, in dem sie einen vernünftigen Nachtragshaushalt ablehnt. Die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW braucht eine Stimme für den Nachtragshaushalt. Mitte Dezember fällt die Entscheidung. *Jörg Detjen*

1 Landtag NRW Ds. 15/200

2 Landtag NRW Ds. 15/207

Evonik-Deal: Stadtwerke haben Angebot abgegeben – Linke Fraktionen stellen Mindestbedingungen

Das Bieterverfahren um den 51-prozentigen Teilverkauf von Evonik/Steag (s. PB 10/2010) ist letzte Woche in die entscheidende Phase getreten. Das an diesem Verfahren beteiligte Stadtwerke-Konsortium hat sein Angebot vorgelegt, ohne die Stadtwerke aus Saarbrücken und Krefeld, die mittlerweile ausgestiegen sind. Das Angebot steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der meisten Aufsichtsräte, aller Stadträte, der Landes und des Kartellamtes. Bisher haben nur die Aufsichtsräte der beiden Dortmunder Gesellschaften eine Entscheidung treffen können und einstimmig dem Deal zugestimmt. So bemerkt dann auch die NRZ Oberhausen am 28.10. süffisant: „Stadtwerke geben ihr Angebot für die Steag ab. Das ist so geheim, dass nicht mal der EVO-Aufsichtsrat es kennt.“

Dass jetzt wenigstens Ansätze einer öffentlichen Debatte zu erkennen sind, liegt an dem Bündnis linker Fraktionen aus den beteiligten Städten und dem Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) sowie dem Wahlkreisbüro Ulla Lötzer. Während von den anderen Parteien nichts zu vernehmen war, ist dieses Bündnis bei überwiegend guter Medienresonanz in den jeweiligen Städten mit einer gemeinsamen Presseerklärung an die Öffentlichkeit gegangen. Darin heißt es u.a.: „Grundsätzlich tritt Die Linke für eine

Rekommunalisierung bzw. Kommunalisierung der Energieerzeugung und den Vertrieb der Energie ein. Allerdings gibt es einige Punkte, die uns wichtig sind und von deren Umsetzung unser Abstimmungsverhalten in den zuständigen Räten beeinflusst wird. Eine ist: Über die Vor- und Nachteile eines solchen Kaufs muss offen diskutiert werden. Eine so bedeutende Entscheidung kann nicht im Hinterzimmer unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen werden. Wir sind der Meinung, dass vor dem Kauf ein Konzept zum Umsteuern auf nachhaltige Energieerzeugung erkennbar wird. Es müssen entsprechend klare Regelungen zur Abschaltung der alten Kohlekraftwerke und dem gleichzeitigen Ausbau von erneuerbaren Energien in den Verträgen verankert sein. Außerdem wollen wir keinen neuen, kommunal nicht mehr kontrollierbaren fünften Energiekonzern in der Bundesrepublik. Die demokratische, kommunale Kontrolle muss gewährleistet sein ... Nicht zuletzt kommt es auch darauf an, ob es für die Stadtwerke in der Region wirtschaftlich ist, die alten Kohlekraftwerke zu kaufen. Es wäre unsinnig, wenn ein Kauf darauf hinaus läuft, dass die Stadtwerke letztlich die Kraftwerke

abwickeln müssen und dadurch Kostenverpflichtungen hätten, die mit der Erzeugung und dem Verkauf der Energie nicht zu finanzieren sind ... Wenn diese Bedingungen erfüllt werden, sehen wir eine große Chance, die Energieerzeugung und auch die Energiepreise nachhaltiger und demokratischer als bisher zu gestalten. Denn für Die Linke steht auch fest: Wenn die Stadtwerke sowohl Stromerzeuger, als auch Stromlieferant sind, dann steigt auch der Spielraum für die Tarifgestaltung. Somit besteht dann auch eine größere Chance, endlich die notwendigen Sozialtarife einzuführen.“

Von der Forderung nach der Verankerung der ökologischen Nachhaltigkeit in den Verträgen ist das Bündnis mittlerweile abgerückt, weil nachträgliche Änderungen im Vertragswerk allein schon aus verfahrenstechnischen Gründen nicht möglich sind. Schließlich fallen die Entscheidungen an ganz unterschiedlichen Orten und Zeiten in den verschiedenen Aufsichts- und Stadtratssitzungen. Deshalb will das linke Bündnis wenigstens erreichen, dass die Stadträte Absichtserklärungen beschließen. So sollen sich die kommunalen Anteilseigner für eine konsequente Strategie der ökologischen Nachhaltigkeit in der Energieerzeugung

und -vermarktung einsetzen. Die Beteiligung am Konsortium darf deshalb auch nicht zu einer Beeinträchtigung des bisher geplanten Ausbaus in ökologische Energieerzeugung führen. Neue Kohlekraftwerke sollen nicht mehr gebaut werden und abgängige Kohlekraftwerke durch Gas- und Dampf-Kombikraftwerke (GuD-Kraftwerke) bzw. Anlagen zum Einsatz erneuerbarer Energieträger ersetzt werden. Als eigenständige kommunale Unternehmen sollen die Stadtwerke ihrem kommunalen Auftrag und den demokratischen Entscheidungen auf kommunaler Ebene verpflichtet bleiben. Deshalb schlägt Die Linke vor, dass die künftige Beteiligungs- und Unternehmensstruktur so angelegt wird, dass die Konsortialgesellschaft auf der Grundlage der Kooperation unabhängiger kommunaler Stadtwerke verfasst ist. Zur Erweiterung demokratischer Einflussnahme soll die Konsortialgesellschaft bürgerschaftliche Impulse als Bestandteil ihrer Unternehmenskultur begreifen. Zu diesem Zweck sind nach Vorstellung des linken Bündnisses bürgerschaftliche Beiräte vor Ort mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden und Kammern einzurichten, die in strategische Entscheidungen des Konsortiums einbezogen werden. Außerdem will Die Linke die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften garantiert sehen. Kraftwerksstilllegungen und Umstrukturierungen sollen sozialverträglich und unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen durchgeführt werden.

Über diese Forderungen verhandeln derzeit die linken Fraktionen mit der SPD und den Grünen. Laut Medienberichten gibt es in verschiedenen Punkten Übereinstimmung mit den Plänen der Stadtwerke, so etwa beim Ausbau der GuD-Kraftwerke und der Sicherung der kommunalen Verankerung. An den Auslandskraftwerken soll aber festgehalten werden, ein wichtiger Kritikpunkt der Linken. Die rot-grüne Landesregierung unterstützt den Stadtwerke-Deal und arbeitet aktuell an einer Änderung des von der schwarz-gelben Vorgängerregierung verschärften § 107 der Gemeindeordnung. Bei einigen grünen Kreisverbänden gibt es Vorbehalte, weil Vorwürfe bekannt geworden sind, wonach es im Steag-Werk in Kolumbien Kinderausbeutung geben soll. Außerdem ist Steag nicht nur ein Kohlestromunternehmen, sondern laut Angaben der FAZ v. 28.10. auch ein Dienstleister für die Atomindustrie, unter anderem mit den Castortransporten. Deshalb sind die Mehrheitsverhältnisse in den Räten noch nicht ganz ausgemacht, zumal sich auch die CDU unterschiedlich positioniert. Zumindest in Duisburg könnte die linke Fraktion so zum Zünglein an der Waage werden.

Thorsten Jannoff

Die Linke im Römer fordert Aufwertung der Bürgerversammlungen:

FRANKFURT A.M. Die BürgerInnen der Stadt Frankfurt in den Mittelpunkt kommunaler Politik zu stellen, ihre Sorgen, Kritik und Anregungen ernst zu nehmen und sie generell mehr als bisher zu Wort kommen zu lassen, ist eines der politischen Hauptziele der Fraktion Die Linke im Römer. Die Fraktion fordert deshalb in einem Antrag, die Bürgerversammlungen im Frankfurter Römer neu zu konzipieren. Um dem Namen Bürgerversammlung endlich gerecht zu werden, soll den Fragen und Anregungen der BürgerInnen zukünftig mehr Raum eingeräumt und dafür die Redezeit der Referenten und Dezernenten deutlich zurückgefahren werden. Künftig soll es auch möglich sein, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen direkt an die VertreterInnen der Parteien stellen können. Ebenso sollen Nachfragen jederzeit möglich sein. <http://dielinke-im-roemer.de>

Dem Haushalt die Giftzähne ziehen:

BOCHUM. Die Linke im Rat von Bochum lehnt die von der Verwaltung vorgeschlagenen neuen Kürzungen im Haushalt ab und will ihm die schlimmsten Giftzähne ziehen. Die Verwaltung schlägt u. a. vor, den Service der Bürgerbüros, den Umweltschutz und die Bäderzeiten einzuschränken und Personal abzubauen. Das Angebot von VHS und Musikschule soll stark reduziert und die Büchereien in Gerthe und Querenburg sogar ganz geschlossen werden. Auch im Jugendbereich und der Bildung sind Kürzungen geplant. Die Linke will die vorgeschlagenen Kürzungen zurücknehmen, gegenfinanziert werden soll das durch die Erhöhung der Gewerbesteuer. Durch den derzeitigen Aufschwung hält die Linksfraktion die Mehrbelastungen für die Gewerbetreibenden für zumutbar, zumal sie durch die Unternehmenssteuerreform 2008 stark entlastet wurden. Auch ein weiterer Stellenabbau in der Stadtverwaltung ist mit der Linksfraktion nicht zu machen. 733 Stellen sollen abgebaut werden. Das, befürchtet die Linksfraktion, wird nicht mehr ohne betriebsbedingte Kündigungen zu machen sein. Eine weitere Arbeitsverdichtung bei den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kann die wegfallenden Stellen nicht kompensieren. Zudem ist eine massive Verschlechterung der Leistungen der Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger zu erwarten www.linksfraktion-bochum.de

Lässt schwarz-gelb „Soziale Stadt Tannenbusch“ im Stich?

BONN. Der unsoziale Kurs der Bundesregierung von CDU und FDP setzt jetzt auch das Projekt „Soziale Stadt Tannenbusch“ in Bonn aufs Spiel. Jüngst entschied der Bauausschuss des Bundestages die Mittel

für die Städtebauförderung und hierbei insbesondere für das Projekt „Soziale Stadt“ um 155 Mio. Euro zu kürzen. Aus diesem Fördertopf soll auch ein großer Teil der Mittel für das gerade anlaufende Bonner Programm „Soziale Stadt Tannenbusch“ kommen. Hier wurde bislang mit einem Projektvolumen von rund 12 Millionen Euro geplant. Durch die Kürzungen auf Bundesebene soll das Projekt „Soziale Stadt“ auf investive Maßnahmen konzentriert werden. Gerade vielfältige Stadtteilmaßnahmen, wie etwa Bildungsprojekte in Schulen und Kitas oder Initiativen wohnortnaher Jugend- und Integrationsarbeit sind es aber, die den Charakter des Projektes ausmachen. Die Linksfraktion beantragt deshalb zur nächsten Ratssitzung, dass sich der Rat der Stadt Bonn klar zum Erhalt der vollen Förderung des Projektes „Soziale Stadt“ bekennt. http://die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles_aus_den_kommunen

Steuerpflichtigen mit München-Pass Hundesteuer erlassen!

MÜNCHEN. Vor der Vollversammlung am Mittwoch konnte Stadträtin Wolf im Finanzausschuss klären, dass wenigstens eine Möglichkeit geschaffen wird, Bedürftigen auf Vorlage des München Pass die Hundesteuer zu erlassen. Der Kämmerer übernimmt den Antrag von Brigitte Wolf, die Linke, nachdem im Rahmen der Erlassprüfung die Vorlage eines München-Passes künftig als ein mögliches Indiz für die Bedürftigkeit gewertet wird. Im Einzelnen heißt es dazu: „Die bürgerfreundliche Auslegung des Ermessensspielraums beim Erlass der Hundesteuer wird unverändert beibehalten. Im Rahmen der Erlassprüfung wird die Vorlage eines München-Passes künftig als ein Indiz für die Bedürftigkeit gewertet. Punkt 3: wie Antrag des Referenten. Begründung: Aus rechtlichen Gründen muss vor Erlass der Hundesteuer jeder Einzelfall geprüft werden. Dennoch sollten in der Verwaltung Doppelarbeiten weitgehend vermieden werden. Der überwiegende Teil der Inhaberinnen und Inhaber des München-Passes (Menschen mit Bezug von SGB II oder SGB XII) wird auch für den Erlass der Hundesteuer in Frage kommen. Schon durch die Altersangaben dürfte in vielen Fällen ausgeschlossen werden können, ob es sich bei dem Steuerpflichtigen um einen Zivildienstleistenden oder einen Absolventen des Freiwilligen Sozialen Jahres handeln kann.“

<http://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de>

Nostorf/Horst: Weiter Unterbringung von Familien mit Kindern

HAMBURG. Aus den Antworten auf eine Schriftliche Kleine Anfrage (Drs. 19/7432) von Mehmet Yildiz geht hervor, dass Familien mit minderjährigen und „voll-

jährigen“ Kindern weiter in Nostorf/Horst untergebracht werden. Eine Schule können Kinder dort nicht besuchen. Statt den Schulbesuch zu gewährleisten, hindert der Senat Flüchtlingsfamilien, der Schulpflicht nachzukommen. Zudem heißt es in der Antwort des Senats, dass die Verweildauer bei Einzelpersonen durchschnittlich zehn Wochen, bei Familien mit Kindern zwei bis drei Wochen beträgt und bei Asylbewerberinnen die Höchstaufenthaltsdauer von drei Monaten beachtet wird. Dem widersprechen Augenzeugen. Mehmet Yildiz, migrationspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke stellt hierzu fest: „Ich habe beim Besuch der Unterkunft persönlich feststellen können, dass einige Einzelpersonen und Familien schon seit mehr als drei Monaten in der Sammelunterkunft Nostorf/Horst untergebracht sind. ... Nicht zutreffend ist auch die Aussage des Senats, dass es sich bei Personen, bei denen eine Altersfiktivsetzung durchgeführt wurde, nicht um Jugendliche, sondern um Volljährige handelt. Tatsache ist, wie es zum Beispiel bei einem Jugendlichen aus Irak der Fall ist, dass bei Altersfiktivsetzungen vielfach Identitätsdokumente ignoriert werden. Ich halte es für menschenunwürdig, dass zum Beispiel erwachsene Menschen ein monatliches Taschengeld in Höhe von 40,90 Euro erhalten. Davon können sie nicht mal an Wochenenden in die Stadt fahren, ganz zu schweigen von anderen Freizeitaktivitäten. Deshalb ... fordern wir die Beendigung der Unterbringung in Nostorf/Horst, die Bereitstellung von Wohnungen für Flüchtlinge, Familien, insbesondere mit Kindern, aber auch Kranke und Alte sofort nach Hamburg umzuverteilen und die Schließung des Lagers in Nostorf/Horst.“

www.linksfraktion-hamburg.de/

Rücknahme von Kürzungen! KÖLN. In einem Offenen Brief der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege an den Oberbürgermeister sowie die Fraktionsvorsitzenden der Parteien im Rat bitten die Wohlfahrtsverbände um die Umsetzungen eines im Jugendhilfeausschuss einstimmig gefassten Beschlusses. Er sieht vor, „zu prüfen, ob Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen im Jugendhilfeetat in Zuwendungsbereiche des Jugendhilfeetats umgeschichtet werden können, um Kürzungen, bzw. Tarifsteigerungen zu kompensieren.“ Dieser Fall ist mit dem Urteil des NRW-Verfassungsgerichtes vom 12.10.2010 eingetreten. Für den Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen (U3) in den Jahren 2009 bis 2013 muss das Land der Stadt Köln insgesamt 77 Mio. Euro an Mitteln zahlen, danach werden es jährlich 19 Mio. Euro sein. Auf der Sitzung am 27.9.2010 wurde zwar ebenfalls die Zweckbin-

dung dieser Mittel für die Steigerung der U3-Ausbauplanung beschlossen. Die von der Politik gewünschte Steigerung von 35% auf 40% Plätze für alle unter Dreijährigen in Köln kostet in den Jahren 2010 und 2011 „nur“ 1 448 334 Euro zusätzlich. Die Mittel für den Ausbau von 35% waren von Anfang an im Haushalt eingeplant. Dazu erklärt der Fraktionssprecher der Linken, Jörg Detjen: „Jetzt muss die rot-grüne Ratsmehrheit schnell erklären, wie sie den Beschluss des Jugendhilfeausschusses umsetzen will. Dazu hat Die Linke eine Anfrage gestellt. Denn die Träger der Wohlfahrtsverbände brauchen Planungssicherheit. Das qualifizierte Personal, das sie aufgrund der Kürzungen jetzt entlassen müssen, können sie so schnell nicht mehr ersetzen.“ www.linksfraktion-koeln.de/

„ELENA-Verfahren ist Wohngeldempfängern nicht zumutbar“. BERLIN. Die kommunalen Spitzenverbände fordern Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle auf, die Einführung des elektronischen Entgeltnachweises („ELENA“) zumindest für das Wohngeld nicht weiter zu verfolgen. „Das Verfahren ist den erwerbstätigen Bürgerinnen und Bürgern, die Wohngeld beantragen, nicht zuzumuten. Es macht die Abläufe für die Menschen bürokratischer, statt einen Beitrag zur Entbürokratisierung zu leisten. Während bisher kein Antragsteller auf Wohngeld persönlich auf dem Amt erscheinen musste, weil es ausreichte, die erforderlichen Unterlagen per Post einzureichen, so die kommunalen Spitzenverbände weiter, würden in Zukunft für Erwerbstätige bis zu vier Gänge zu Ämtern und anderen Einrichtungen nötig – und das gerade wegen der Verwendung moderner Technik. Dies sei absurd und niemandem zu vermitteln. Die Kritik der kommunalen Spitzenverbände entzündet sich insbesondere an der vorgesehenen Verwendung von Chipkarten mit elektronischer Signatur. „Das belastet Wohngeldempfänger und ihre erwerbstätigen Angehörigen mit Kosten von rund 60 Euro und verursacht ein höchst aufwändiges Verwaltungungsverfahren.“ Die Verwaltung werde nach den Berechnungen der drei Verbände bei einem Einsatz des ELENA-Verfahrens in den Bereichen Wohngeld, Elterngeld und Arbeitslosengeld mit Kosten von deutlich über 200 Millionen Euro konfrontiert. Dem stünden Entlastungen für die Wirtschaft von rund 90 Millionen Euro gegenüber ... www.staedtetag.de

Bund muss Rentenversicherung für Hartz IV-Empfänger beibehalten: BERLIN. „Die Kosten der Landkreise und Städte für die Grundsicherung im Alter steigen unaufhörlich und haben mittlerweile den Höchststand von 3,9

Mrd. Euro erreicht.“ „Im Vergleich zu 2008 sind die Ausgaben der Kommunen in diesem Bereich um 6,7 % gestiegen. Seit Einführung der Grundsicherung im Alter haben sich unsere Ausgaben damit nahezu verdreifacht.“ Die Landkreise beobachteten die mit aktuell 764 000 Personen nach wie vor hohe Empfängerzahl mit wachsender Sorge. „Viele Menschen sind heute nicht mehr in der Lage, ihren Lebensunterhalt über Rentenbezüge zu bestreiten und müssen daher zum Sozialamt gehen.“ Hinzu käme, dass der Bund plane, die Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen für Hartz IV-Empfänger abzuschaffen. Die Landkreise dürften hier nicht noch stärker in die Rolle des Ausfallbürgers gedrängt werden. Zum Hintergrund: Menschen, die älter als 65 Jahre sind oder dauerhaft keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können, erhalten von den Landkreisen und Städten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, wenn eigene Mittel für den Lebensunterhalt nicht ausreichen. Die seit 2003 bestehende Grundsicherung ist eine spezielle Form der Sozialhilfe und verursacht erhebliche Kosten, weil etwa auf die Heranziehung unterhaltspflichtiger Kinder und Eltern weitgehend verzichtet wird. www.landkreistag.de/

Gefahr für kommunale Investitionen: BERLIN. Anlässlich der Beschlussfassung des Deutschen Bundestages zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken sagte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg: „Eine Laufzeitverlängerung darf die von den Kommunen und ihren Stadtwerken auf den Weg gebrachten Investitionen für den Ausbau der erneuerbaren Energie nicht gefährden. Planung und Ausbau von Energieerzeugungsanlagen sind keine kurzfristigen Entscheidungen, sondern langfristige Prozesse. Die Stadtwerke haben sich darauf eingestellt, dass in wenigen Jahren die Atomkraftwerke vom Netz gehen und dann die Nachfrage nach ihrer Stromerzeugung steigt. Eine Änderung der politischen Vorgaben muss einen Ausgleich vorgesehen, damit die Stadtwerke keinen Wettbewerbsnachteil erleiden und der zügige Ausbau regenerativer Energien vorangeht.“ Landsberg wies auch auf die negativen Auswirkungen der Laufzeitverlängerung auf die regionale Wirtschaft hin. „Wird die Investitionsfähigkeit der Stadtwerke geschwächt, hat dies negative Auswirkung auf die Unternehmen in den Gemeinden und Regionen, die auf Aufträge der Stadtwerke angewiesen sind.“ www.dstgb.de/

(Zusammenstellung: ulj)

JobCenter soll städtisch werden

Am 21. Oktober 2010 beschloss der Gemeinderat einstimmig, dass Stuttgart sich bei der Bundesregierung darum bewirbt, Optionskommune zu werden. Der Gemeinderat nimmt Einfluss auf das JobCenter durch einen Unterausschuss JobCenter, in dem alle Fraktionen nach d'Hondt vertreten sind. Dem waren lange und heftige Diskussionen vorausgegangen. Der Gemeinderat hat damit den Vorschlag des Oberbürgermeisters und des Stadtkämmerers zurückgewiesen. Diese wollten eine „gemeinsame Einrichtung“ nach der neuen gesetzlichen Definition, angeblich aufge bessert durch einen Vertrag mit der Arbeitsagentur.

Die Begründung von OB und Kämmerer war, bei der Option sei „das Risiko für die Stadt zu groß“. Das Risiko sehen sie vor allem darin, dass die Bundesregierung plant, die finanziellen Leistungen für die Langzeitarbeitslosen zu kürzen, vor allem im Bereich der Eingliederungshilfen und auch bei den Kosten der Unterkunft. Wäre Stuttgart Optionskommune, würde sich laut Kämmerer Föll der Unmut dann gegen die Stadt richten.

Warum hat die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke dem Optionsbeschluss zugestimmt?

Das Meinungsbild von Betroffenen, Beschäftigten, Personalvertretungen, Gewerkschaften und Parteien war sehr gegensätzlich. Eine Entscheidung musste immer in einer Richtung auf heftige Kritik stoßen.

Ausschlaggebend war unter diesen Vorzeichen gerade, dass OB Schuster und Föll die Option als Risiko für die Stadt sehen. Sie wollten die Verantwortung auf die Bundesregierung, die Bundesagentur bzw. Arbeitsagentur lenken und sich bei den Problemen für nicht zuständig erklären. Gerade dies fordert heraus, dass die Stadt die Verantwortung übernimmt. Gerade wenn die Bundespolitik versagt, kann die Stadt nicht ihre Hände in Unschuld waschen und sich – vielleicht mit Bedauern – abwenden. Wir sehen in dezentralen Verwaltungsstrukturen auch bessere Möglichkeiten der demokratischen Einflussnahme und Kontrolle sowie Stärkung der Selbstverwaltung der Kommunen.

Die von betroffenen Arbeitslosen geführte Kritik beruht vor allem auf den ungerechten Hartz-Gesetzen. Diese werden mit der Entscheidung: Option ja oder nein? aber gar nicht berührt. Die Bundesregierung und die Bundestagsmehrheit weigern sich, das Bundesverfassungsgerichtsurteil in eine spürbare Verbesserung der Regelsätze sowohl von Erwachsenen als auch Kindern und Jugendlichen umzusetzen. Das verstärkt die Befürchtungen, dass sich

die Lage der Haushalte mit geringem Einkommen weiter verschlechtert. Der Wirrwarr in der Frage Bildungschancen für Kinder in Hartz-Haushalten verstärkt das noch. Statt ausreichender Hilfe droht die weitere Bevormundung der Eltern. Bei der Option geht es darum, dass die Stadt in der Umsetzung der Vorschriften ihren Ermessensspielraum zugunsten der Betroffenen nutzt und sie durch ihre Sozialeinrichtungen unterstützt.

Langzeitarbeitslose befürchten bei einer Zuständigkeit der Stadt auch, dass sich ungleiches Recht bzw. ungleiche Handhabung des Rechts entwickeln. Sie meinen, mit der Zuständigkeit der Arbeitsagentur und der Bundesarbeitsagentur könnten sie ihre Ansprüche besser durchsetzen. Aber die Gesetze und Vorschriften gelten für die Optionskommunen und die „gemeinsamen Einrichtungen“ gleich, und auch der Rechtsweg für Widersprüche bleibt der gleiche. In der „gemeinsamen Einrichtung“ wäre die Stadt nur für die Sozialbetreuung zuständig, und die Arbeitsagentur nur für die Eingliederungsmaßnahmen und die Vermittlung in den Arbeitsmarkt. In der Optionskommune können aber die Stadt und der Gemeinderat Einfluss nehmen, auf die Gestaltung und Auswahl der Förderungsmaßnahmen und auf die Einrichtung von Ein-Euro-Jobs, auf die Personalpolitik. Zugegeben: das hängt dann von den Mehrheitsverhältnissen ab. Aber auch als kleinste Opposition hat man Einfluss.

Die Frage: Option ja oder nein? berührt oder ändert die Regelsätze für Erwachsene, Kinder und Jugendliche nicht und ebenso wenig das Geld für die Bildungsförderung der Kinder. Die Fragen sind aber: Wer setzt die Regelungen um? Wie werden die – zugegeben nicht großen, aber wichtigen – Entscheidungsspielräume genutzt? Wie kann es gelingen, Fördermaßnahmen und Eingliederungsmaßnahmen sinnvoll und erfolgreich zu gestalten? SÖS und Linke sind der Meinung, dass das besser in der Kommune als durch eine Bundesorganisation geschehen kann.

Dabei gibt es verschiedene Ziele: Die Stadt Stuttgart – die Verwaltung und vor allem der Gemeinderat – müssen die Verantwortung für die Einwohnerinnen und Einwohner übernehmen, die auf Hilfe angewiesen sind, d.h. auch für die Langzeitarbeitslosen und ihre Familien. Die Stadt muss dafür Sorge tragen, dass niemand ausgegrenzt wird, sondern alle am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Das gilt besonders auch für Kinder und Jugendliche. Für die Kinder ist es notwendig, ein ge-

sundes Mittagessen sicherzustellen. Das Kita- und Schulesen für einen Euro ist ein Anfang. Kostenloses Essen in allen Schulen und Kitas ist das Ziel, Ganztags-Bildung und Ganztags-Betreuung für alle Kinder, die es wollen und brauchen. Das alles kann nicht die Arbeitsagentur.

Die Diskussion über Option ja oder nein wurde auch geführt mit den Personalräten. Der städtische Personalrat im JobCenter setzte sich vehement für die Option ein, unterstützt vom Fachbereich Kommunen im Verdi-Bezirk Stuttgart. Sie stellten vor allem heraus, dass die Personalpolitik der Arbeitsagentur zur Überlastung des Personals, zu hohen Krankheitsständen und hoher Fluktuation führt, dass sie sich mehr um die Statistik als um die Beratung kümmern müssen und das Angebot an Bildungsmaßnahmen aufgrund des bundesweiten Einkaufs der möglichst billigen Kurse schlecht ist. Der Personalrat der Beschäftigten der Arbeitsagentur im JobCenter Stuttgart kämpfte genauso heftig gegen die Option mit der Begründung, die Arbeitsagentur kenne den Arbeitsmarkt besser. Der Gesamtpersonalrat der Stadt sprach sich für die Option aus und untermauerte dies mit einem Positionspapier. Der Personalrat sagte den Stadtratsmitgliedern, warum sollen wir in einem Vertrag geringfügige formale Verbesserungen suchen, die wir komplett im Original, der Option haben können. Im Gegensatz zum Fachbereich Verdi Kommunen sprach sich der Fachbereich Bund und Länder gegen die Option aus.

Genauso vehement setzten sich die Sozialverbände für die Option ein. Hier kann man bei einigen vermuten, dass sie eigene Interessen verfolgen, weil sie mit Ein-Euro-Jobs verdienen. Aber auch Fachdienste für die Schuldenberatung, für Sozialberatung usw. waren für die Option, weil sie von der Stadt erwarten, dass sie die Spielräume unbürokratisch zugunsten der Langzeitarbeitslosen nutzen.

Auch die Erfahrungen und die Schlussfolgerungen von linken Stadträten in anderen Städten waren sehr konträr.

Die Entscheidung für die Fraktionsgemeinschaft war also nicht leicht und hat viele Stunden Gespräche und Beratungen in Anspruch genommen. Was folgt nun? Wir werden uns im Unterausschuss JobCenter und im Gemeinderat mit Anfragen und Anträgen, mit Einflussnahme auf die Zielvereinbarungen und durch Zusammenarbeit mit Betroffenen und dem Personal weiter gegen Ungerechtigkeit und Schikanen und für die Verbesserung der Leistungen und der Behandlung von Langzeitarbeitslosen einsetzen. Es wird sich nun zeigen, ob die Bewerbung der Stadt Stuttgart, Optionskommune zu werden, Erfolg hat.

Ulrike Küstler

Die Septemberstreiks von 1969

Was reitet eigentlich unsere Regierungen, Meldungen wie diese zu produzieren: „Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle hat sein Herz für den Arbeitnehmer entdeckt. ‚Wenn die Wirtschaft boomt, sind auch kräftige Lohnerhöhungen möglich‘, sagt der FDP-Mann – und nennt die deutsche Stahlindustrie als Vorbild. Dort haben sich die Tarifparteien jüngst auf eine Lohnerhöhung von 3,6 Prozent geeinigt. Dieser Abschluss habe laut Brüderle gezeigt, „dass ein fairer Ausgleich möglich ist, an dem sich vielleicht andere Branchen orientieren könnten“. „Den fleißigen Menschen in unserem Land gehört der Wirtschaftsaufschwung. Er sollte daher nicht an ihnen vorbeigehen“, sagte Brüderle der „Bild-Zeitung“. „Buchstabe für Buchstabe sieht das die Bundeskanzlerin auch so“, lässt Merkel ihren Regierungssprecher beipflichten. Brüderles Äußerungen seien eine „Beschreibung der gesamtwirtschaftlichen Landschaft“.

Sind diesen erklärten Vertretern des freien Marktes plötzlich „Herz-Jesu-Sozialisten“ geworden? Oder hat Bertold Huber, Vorsitzender der IG Metall, recht, wenn er im Editorial der „Metall“ 11/2010 zum öffentlichen Lob über den Tarifabschluss in der Stahlindustrie schreibt: „Allerdings ist schon verwunderlich, wer alles in den Chor der Gratulanten einstimmt und ganz forsch ähnliche Abschlüsse für andere Branchen fordert. Es sind die

Spitzenrepräsentanten der schwarz-gelben Bundesregierung, der aus eigener Kraft seit ihrem Amtsantritt keine Erfolge gelingen mögen. Wollen sich die Herren Brüderle usw. im Glanz erfolgreicher Gewerkschafter sonnen?“

„Konzertierte Aktion“ und „wilde Streiks“

Es ist nicht die sentimentale Erinnerung, die uns in das Archiv politischer Erinnerung greifen lässt. Es gibt verblüffende Ähnlichkeiten der augenblicklichen Lage der Gewerkschaften mit der aus dem Jahre 1969 und dem damaligen taktischen Vorgehen der Herrschenden in ihrem Verhältnis zu Betrieben und Gewerkschaften, die uns diese Überlegungen anstellen lassen. Allerdings auch Differenzen.

Damals gab es die erste Große Koalition. Sie hielt von Dezember 1966 bis zum 21. Oktober 1969. Ludwig Erhard war als Kanzler von seinen eigenen Leuten gestürzt worden. Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Willy Brandt (SPD) bildeten die Regierung. Zum ersten Male in der Geschichte der BRD konnte die SPD Minister im Bund stellen. Unvergessen das Gespann von CSU-Strauß als Finanzminister und dem SPD-Professor Schiller als Wirtschaftsminister. „Plisch und Plum“ nannte die Presse sie liebevoll. Sie beschlossen das „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ im Sinne einer „Konzertierten Aktion“. Danach haben Bund und Länder das

Recht, im Falle der Gefährdung ihrer Wirtschaftsziele Orientierungsdaten festzulegen, nach denen sich Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände richten müssen.

Den Gewerkschaften waren durch ihre gewollte Teilnahme an der „Konzertierten Aktion“ politisch die Hände gebunden. Nur die SPD hatte das erreichen können. Die Gewerkschaften waren in den wirtschaftlichen Krisen Jahren 1967 und 1968 auf lang laufende Tarifvereinbarungen mit geringfügigen Lohnerhöhungen eingegangen. Wie heute wurde dies im Wesentlichen damit begründet, sie dienten der Sicherung von Beschäftigung. So festgelegt, konnten sie legal nicht auf die veränderte wirtschaftliche Lage im Jahr 1969 mit eigenständigen Forderungen und Aktionen reagieren. Die in der Zeit der Großen Koalition eingeleitete Exportoffensive bescherte den Kapitalisten einen unerwartet schnellen Aufschwung und immense Profite.

In der Folge kam es zu dem damals 1969 so genannten „Lohnstau“. Und damit zu den selbständigen Streiks, die sich gegen die SPD-orientierten Gewerkschaftsführungen organisieren mussten. Die durch die festgeschriebenen Vorgaben auferlegte Zurückhaltung der Gewerkschaften war für die Arbeiter nicht mehr auszuhalten. Diese, von der Presse „wild“ genannten Streiks veränderten die politische Landschaft der BRD erheblich.

Es wurde offensichtlich – so die die Polemik der Bourgeoisie – dass die Gewerkschaften ihrer Aufgabe als „Feuerwehr“ oder – wie es die Bild-Zeitung damals ausdrückte – als „Dompteur“ der Belegschaften in den Konzernen nicht gerecht würden. Wie sehr den Gewerkschaften durch die „Konzertierte Aktion“ politisch das Heft aus der Hand genommen war, las man im „Jahreswirtschaftsbericht 1969“. Er lobt die Gewerkschaften für ihre zurückhaltende Lohnpolitik und erklärt ausdrücklich, dass sich die Tarifierhöhungen mit ihren überlangen Laufzeiten „durchweg im Rahmen der durch die Jahresproduktion gegebenen Orientierungsdaten gehalten“ haben. Damals stellte das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ Vergleichsermittlungen der Nettolohnquote zum ersten Halbjahr 1969 an. Ein Minus von 2% zu Ungunsten der Arbeiter und Angestellten war das Ergebnis der Analyse. „Die lohnpolitischen Konflikte dieses Monats sind ökonomisch als eine Bewegung zu bewerten, die auf einen Ausgleich der strukturellen Ungleichgewichte gerichtet ist.“ Otto Brenner, damals Vorsitzender der IG Metall, versucht später auf dem 8. DGB-Kongress diese Gewerkschaftspolitik zu rechtfertigen: „Die Tarifbewegungen wären ohne Bestehen der Konzentrierten Aktion auf Grund



Kieler Howaldt-Werft, September 1969: „Auf zum Yachtclub!“ – Siehe auch S. 18/19

der gegebenen realen Verhältnisse nicht anders abgelaufen, als sie tatsächlich abliefen“. Man habe sich nie am Gängelband der Konzertierten Aktion gefühlt. Der SPD Wirtschaftsminister Schiller erklärt hingegen kaltschnäuzig, worum es bei dem Erfolg der „Konzertierten Aktion“ ging: „Selbstverständlich verändern gemeinsam gebilligte Orientierungsdaten die Situation. Niemand kann mehr so handeln, als ob es sie nicht geben würde.“

Aber die Lohnabhängigen und Gewerkschaftler von 1969 hielten sich keineswegs an diese Vorgaben.

Es war der Stolz vieler Belegschaften, dass sie selbständig mit ihren Vertrauensleuten und Betriebsräten eigene Ziele mit Erfolg durchsetzen konnten. So z.B. als im September 1969 in Bremen die Arbeiter und Angestellten der „Klöckner Werke AG / Hütte Bremen“ in den Streik treten. Der Betriebsrat schreibt dazu: „Das Gesamtergebnis dieser Lohnbewegung ist auf die selbstbewusste Haltung der Stahlarbeiter zurückzuführen. Ein Lohn- und Gehaltserhöhung dieser Größenordnung hat es seit 20 Jahren nicht mehr gegeben.“ Die Beschäftigten erstritten sich 16 Prozent Lohn- und Gehaltser-



Köln 1974, Öffentlicher Dienst, Streikversammlung

höhungen.

Die Streikbewegung des September 1969 hatte die gesamte BRD erfasst. In Broschüren von damals kann man folgende Zahlen finden: 69 Betriebe beteiligten sich; 140 000 KollegInnen nahmen an Streikaktionen teil; 532.308 Arbeitstag fielen durch Streik aus.

Einige Beispiele: Angeführt wurde die Bewegung durch Betriebe aus der Stahl- und Metall-Industrie: Hoesch AG, Dortmund, mit 27 000 Streikenden. In der Oberpfalz, Maximilianshütte, streikten 3.600. Gefolgt von der Ruhrkohle AG mit 10 000 Beteiligten. In Ochtrup-Steinfurt streikten 1.500

bei den Laurenz Textilwerken. Bei den Howaldt Werken in Kiel streikten 7 000 Kolleginnen und Kollegen.

„Heißer Herbst“ auch 2010?

Längst redet keiner mehr von „Konzertierter Aktion“. Jeder würde sich den Mund verbrennen, weil die alten Erfahrungen im Langzeitgedächtnis der Akteure haften geblieben sind. Heute wird hingegen die Autonomie der Tarifparteien betont, um dafür die Gewerkschaften um so mehr in die Pflicht zu nehmen. Nichts ist in diesem Zusammenhang schlimmer für die Herrschenden, als wenn die Gewerkschaften in ihrer Bindung an die SPD der ihnen zugewiesenen Aufgabe als „Ordnungsfaktor“ nicht mehr gerecht werden. Es geht ihnen mit Hilfe der SPD um die Beherrschbarkeit der Betriebe.

Inzwischen sind die Zeiten vorbei, in der die Gewerkschaften nur einer Partei zugehören. Zunehmend binden sich viele aktive Gewerkschafter an andere Parteien. Zum Beispiel an die Linke. Deshalb arbeiten die SPD, die Arbeitgeber und die Gewerkschaftsführungen intensiv daran, zu verhindern, dass

Ein authentischer Bericht aus dem Jahre 1969 – Septemberstreiks 1969 bei

Am Dienstag, dem 9. September, versammeln sich nach der Mittagspause im Werk Gaarden der Kieler Howaldt-Werft die Arbeiter vor dem Verwaltungsgebäude. Sie wollen, daß etwas geschieht. Endlich soll in Kiel gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden. Endlich wollen die Kieler Werftarbeiter das verdienen, was die Kollegen der Howaldt-Werft und der Deutschen Werft in Hamburg für die gleiche Arbeit erhalten. Von Hoesch haben sie gehört, wie dort erfolgreich gestreikt wird. Am Tag zuvor sind die Meldungen über den Streik bei Klöckner in Bremen und in Osnabrück bekannt geworden.

„Steig in die Bütt!“ – rufen sie ihrem Kollegen, dem Gerüstbauer Helmut Schlüter zu. Sicher weiß nicht jeder, daß Schlüter Mitglied der DKP ist, aber alle kennen ihn von seinem Auftreten auf Betriebsversammlungen in der Ostseehalle. Dort spricht er oft unter großem Beifall das aus, was die meisten Kollegen denken.

So auch an diesem 9. September. Schlüter spricht zu den 1000 versammelten Kollegen. Er artikuliert die Stimmung, die spätestens seit Mitte August durch wachsende Verbitterung, aber auch durch zunehmende Kampfbereitschaft gekennzeichnet ist.

Seit dem Beginn des Jahres 1968 sind die Howaldt-Werften in Kiel und Hamburg mit der Deutschen Werft Ham-

burg zur Howaldt-Werke/Deutsche Werft fusioniert. Seitdem besteht ein beträchtliches Lohngefälle zwischen Hamburg und Kiel, das 1968 etwa 38 Pfennig beim Effektivlohn und etwa 17 Pfennig beim Ecklohn zuungunsten der Kieler Arbeiter ausmacht.

Bezeichnend für die Lohnpolitik der Unternehmensleitung ist, daß Kieler Monteure, die zeitweise in Hamburg arbeiten, ebenso den Kieler Lohn erhalten wie Hamburger Monteure, die in Kiel arbeiten.

Aus dieser Situation ergeben sich die zwei konkreten Forderungen:

1. Voller Lohnangleich an die Hamburger Werften ab sofort.
2. Keine Anrechnung dieses Lohnangleichs auf bisherige übertarifliche Leistungen.

Nach Streikbeginn werden die Forderungen ergänzt durch solche nach Bezahlung der Streiksichten und der Zusicherung, daß keine Repressalien gegen die Streikenden angewendet werden.

Nach der Mittagsversammlung vor dem Gebäude der Hauptverwaltung legen immer mehr Arbeiter die Arbeit nieder. Am Abend streiken im Werk Gaarden ca. 70 Prozent der Belegschaft.

Am Mittwoch, dem 10. September, treten auch die Kollegen des Werkes Dietrichsdorf in den Streik. Die Streikbeteiligung in beiden Werken: mehr als 90 Prozent. Kurze Zeit später schließen

die Arbeiter des kleineren Zweigwerkes Stahlbau Hassee sich an.

Eine Demonstration über 25 km

Welche Kampftaktik verfolgen die streikenden Arbeiter? Wie in zahlreichen anderen der im September bestreikten Betriebe ergibt sich auch in Kiel die Kampfform der faktischen Betriebsbesetzung. Die Streikenden – auch die außerhalb Kiels wohnenden – kommen in ihrer überwiegenden Mehrheit pünktlich zu den üblichen Schichtbeginn-Zeiten ins Werk. Sie tragen Arbeitszeug und stempeln die Zeit. Die Aufstellung von Streikposten wird angesichts der breiten Kampfteilnahme nicht für notwendig erachtet.

In den großen Zweigwerken Gaarden und Dietrichsdorf werden regelmäßig Streikversammlungen abgehalten. Hier werden die weiteren Maßnahmen für die Durchsetzung der Forderungen festgelegt.

Auch die Kieler Streikenden wenden das Kampfmittel der Demonstration an, um eine breitere Öffentlichkeit mit ihren Forderungen bekannt zu machen. Die erste findet zwei Tage nach Streikbeginn statt. Sie führt vor den „Kieler Yacht Club“, wo Verhandlungen der Direktion mit der Gewerkschaft beginnen sollen. Als klar wird, daß die Verhandlungen auf später verschoben sind, ziehen die Streikenden zum Haus des Arbeitgeberverbandes.

diese Partei in die Rolle einer neuen Gewerkschaftspartei hineinwächst.

Seit Monaten redet man gerne in den Betrieben, den Sozialen Bewegungen und in der Linken vom „Heißen Herbst“. Schaut man genauer hin, so könnte man erkennen: Es ist ähnlich wie damals. Geht es nach den derzeit gültigen Tarifverträgen, so hat z.B. die IG Metall schlicht keine legale Gelegenheit, auf breiter Front den aktuellen Aufschwung in höhere Löhne umzumünzen. Die Verträge für die 3,4 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie, der wichtigsten Branche, laufen noch bis zum 31. März 2012. Und der Lohnzuwachs für 2011 steht bereits fest: Ab April gibt es 2,7 Prozent mehr für die Metallarbeitnehmer. Das in einer Klausel vereinbarte Vorziehen dieser Lohnerhöhung für den Fall, dass sich die wirtschaftliche Lage verbessert, ist aber „freiwillig“ und – laut IG Metall – rechtlich so formuliert, dass es nicht durch Streik erzwungen werden kann. Hinzu kommt: Zahlreiche betriebliche Vereinbarungen über Interessenausgleich und Sozialplan mit erheblichem Abbau übertariflicher Leistungen zur Sicherung von Beschäftigung beginnen gerade erst



Aktion der IG Metall im Hamburger Hafen 30. Oktober 2010 gegen das Sparpaket der Bundesregierung

ihre Wirkung zu entfalten. KollegInnen verlieren ihren Arbeitsplatz und lesen zugleich die Ad-hoc-Meldung aus der eigenen Konzernzentrale, dass die Gewinne steil steigen.

Damit können sich die Kolleginnen und Kollegen von heute aber nicht zufrieden geben. Sie müssen wiederum eigene Wege finden, aus diesen vertraglichen Bindungen herauszukommen, selbständige Forderungen aufzustellen und wirkungsvolle Aktionen einzuleiten. So fordert z.B. die „Metall“ in der Novemberausgabe ihre Mitglieder auf, in Herbstaktivitäten „Auf die

Straße (zu) gehen für ein gutes Leben!“

Also muss man als Wirtschaftsminister, wenn man klug ist, etwas den Dampf unter dem Deckel herauslassen und den KollegInnen in den Betrieben wenigstens das Gefühl geben, verstanden worden zu sein. Und zugleich kann er damit als Liberaler die Gewerkschaften, die sich mal wieder haben einbinden lassen, an ihrem Nasenring vorführen.

Damals und heute: Die Neue Linke bildet sich

Otto Brenner, Vorsitzender der IG Me-

Howaldt-Werke/Deutsche Werft AG, Kiel – „Für gleiche Arbeit gleichen Lohn!“

3000 Arbeiter demonstrieren auf dem Hinweg, auf dem Rückweg sind es noch 800, die bis zum Schluß eine Marschstrecke von insgesamt 25 Kilometer zurückgelegt haben. Bei der Demonstration werden keine „Fremden“ – etwa Studenten – geduldet. Disziplin wird groß geschrieben. In Sprechchören wird die Hauptforderung gerufen:

„Wir gehen jetzt zur Direktion – für gleiche Arbeit gleichen Lohn!“

Am selben Tag verteilt die Ortsverwaltung der IG Metall ein Flugblatt, das die Forderungen der Streikenden für berechtigt erklärt. Ebenfalls am selben Tag läßt die Unternehmensleitung durch den Technischen Direktor Neitzke zunächst ihre Bereitschaft erkennen, direkte Kontakte mit den Streikenden aufzunehmen. Offensichtlich auf Intervention des Arbeitgeberverbandes wird ein entsprechendes Angebot wenige Stunden später wieder zurückgezogen.

Einen Tag später, am Freitag, dem 12. September, unterbreitet die Direktion ein völlig unzureichendes Angebot von 6 Pfennig Eckloohnerhöhung. Die Streikenden lehnen ab. Die DKP unterstützt sie in ihrer ablehnenden Haltung. Der SPD-Kreisvorstand bezeichnet das Angebot als „geradezu lächerlich“ und „bewußte Provokation der Arbeitnehmer“.

Nachträglich wird eine besonders verwerfliche Maßnahme der Unter-

nehmensleitung bekannt: Sie hat bereits am ersten Streiktag die gesamte Belegschaft bei der Ortskrankenkasse abgemeldet und versucht, das bis zum Ablauf der Nachversicherungsfrist von sieben Tagen zu verheimlichen. Die Streikenden durchkreuzen das Manöver rechtzeitig, indem sie organisatorische Voraussetzungen dafür schaffen, daß alle Arbeiter sich termingerecht nachversichern können.

Auch am 17. September lehnen die Streikenden ein unzureichendes Angebot der Direktion ab. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, wird eine weitere Demonstration vorbereitet. Sie findet am 19. September statt und führt auf den Kieler Rathausplatz. Die Werftarbeiter kommen teilweise mit ihren Familien. Auch die Bevölkerung wird zur Teilnahme aufgefordert. Vor 8000 Teilnehmern sprechen Delegierte der Streikenden, der Kieler Oberbürgermeister Bantzer, ein Vertreter der Studentenschaft und ein Vertreter des Sozialpfarramtes, das die Streikenden unterstützt.

Mit dieser Demonstration und Kundgebung findet die Kampfbereitschaft ihren stärksten Ausdruck. An diesem Tag streiken ebenso wie am Tag zuvor alle Belegschaftsmitglieder.

Unter dem Eindruck dieser Geschlossenheit der Streikenden kommt noch am Tag der zweiten Demonstration, am Freitag, dem 19. September, ein

Ergebnis zustande, das zwischen Betriebsrat und Direktion ausgehandelt worden ist:

1. 8 Pfennig akkordfähige Zulage auf den Ecklohn rückwirkend ab 1. September, weitere 4 Pfennig ab 1. Januar 1970.
2. Betriebliche Leistungen gelten durch den bestehenden Vertrag als abgesichert.

Vergleicht man dieses Ergebnis mit den beiden ersten Angeboten der Unternehmensleitung, so muß von einem beachtlichen Erfolg gesprochen werden. Unzufriedenheit herrscht lediglich über die Haltung der Vertrauensleute.

Sie verzichten darauf eine Urabstimmung über das Ergebnis abzuhalten, nachdem der Betriebsrat ihnen die Verantwortung dafür aufbürden will, daß dann eventuell am Montag darauf mit einem Verdienstausschlag zu rechnen sei.

Überhaupt ist es ein Kennzeichen des Streiks in Kiel, daß der Betriebsrat völlig isoliert handelt von den Arbeitern, die den Streik führen. Von der Mehrheit des Betriebsrates sagen Arbeiter, daß sie weit rechts steht. Diese Mehrheit ist auch in Opposition zur Ortsverwaltung der IG Metall. Am Montag, dem 22. September, wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Quelle: „Die Septemberstreiks. Auf den Arbeiter kommt es an!“ Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, 1969

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) zur damaligen Lage:

Kapitalexport durch Lohnrückerei

... Die Gewerkschaftsführungen hatten sich dieser Politik der Regierung, die Ihnen gegenüber mit Wirtschaftsminister Schiller durch einen Sozialdemokraten vertreten wurde, so sehr unterworfen, daß die Arbeiterklasse erst 1969 durch die selbständigen Septemberstreiks den praktischen Lohnstopp durchbrechen konnte, der unter Bedingungen der verschärften Ausbeutung im Betrieb und der verschärften Arbeitshetze eine schwerwiegende Verschlechterung ihrer Lage bedeutete. In die Lohnauseinandersetzungen in der Metallindustrie hatte sich Schiller im Oktober 1967 selber eingeschaltet und nach erfolgloser Schlichtung die Gewerkschaft zu einer Verlängerung des geltenden Tarifvertrags bis zum 31. März 1968 veranlaßt. Die Gewerkschaft gab sich mit der Zusicherung zufrieden, daß Effektivlohnsenkungen möglichst

vermieden werden sollen. Noch heute schauen die bürgerlichen Gutachter mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf den „Lohn-lag“, den die Kapitalistenklasse in der Zeit der Großen Koalition zustandebrachte. Mit einem lachenden Auge, denn nur diese äußerst erfolgreiche Lohnrückerei hat die Exportoffensive der Kapitalisten ermöglicht und ihnen bedeutende Konkurrenzvorteile gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten eingebracht. Mit einem weinenden Auge, weil die Stahlarbeiter und Teile der Metallarbeiter auf diese Entwicklung schließlich mit selbständigen Streiks antworteten, die eine wichtige Rolle für die Herausbildung der Arbeiterbewegung spielten und einen entscheidenden Einfluß auf die weiteren Lohnauseinandersetzungen ausübten.

aus: „Kommunismus und Klassenkampf“, Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Arbeitshefte, Nr. 1, „Wirtschaftliche und politische Entwicklungstendenzen des Imperialismus in der BRD“, 1976, Seite 19f

tall, dem 1969 die Felle seiner an Schiller/Brandt und SPD gebundenen Politik davon geschwommen sind, macht ein interessante Beobachtung. Er erklärt am 12. September 1969, es habe sich deutlich gezeigt, „daß hier von politisch extrem orientierten Kräften der Versuch gemacht wurde, auf Kosten der Organisation und eines erheblichen Teils der gutgläubigen Arbeitnehmer ihr politisches Geschäft zu machen.“ Er witterte als neue „Feinde“, damalige neue Linke.

Bei den Streiks im Mai 1968 in Frankreich agierten zum ersten Mal Arbeiter und Studenten gemeinsam. Bisher galten Arbeiter und Angestellte für die Studentenbewegung als saturiert durch Konsum und ideologisch an die Herrschaftsverhältnisse gebunden. Dies änderte sich ab 1969 auch in Deutschland: Man wurde „ökologisch-grün“, Intellektuelle gingen in die Betriebe oder arbeiteten in Stadtteilen mit proletarischen Jugendlichen zusammen. Es bildeten sich alternative, sozialistische und kommunistische Gruppen, Zirkel und Organisationen. Aus diesen Bewegungen hat auch der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) seine Ursprünge.

Staat und Konzerne bekamen diese Entwicklung in den folgenden Jahren deutlich zu spüren. In den Jahren nach den Septemberstreiks übernahm der öffentliche Dienst eine führende Rolle in dem Konflikt um die Eigenständigkeit der Kämpfe der Beschäftigten.

Schon 1973 hatte es in der BRD eine weitere Welle selbständiger Streiks gegeben. Auch die Beschäftigten im

öffentlichen Dienst sahen sich ermutigt, selbst wild zu streiken. Um das in den Griff zu bekommen, sah sich die ÖTV-Führung genötigt, „radikal“ tätig zu werden und verlangte ohne Kündigung der Tarifverträge ein volles 13. Monatsgehalt. Sie drohte trotz Friedenspflicht mit Streiks, um diese Forderung durchzusetzen. Dies allein reichte aus, um 1973 zusätzlich ein volles Weihnachtsgeld durchzusetzen.

Im Februar 1974 zwang der Druck der in der Gewerkschaft „Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr“ (ÖTV) organisierten Kolleginnen und Kollegen ihren Vorsitzenden Heinz Kluncker gegen seinen ausdrücklichen Willen in einen Streik gegen die SPD-geführte Regierung unter Willy Brandt. Damit durchbrach die ÖTV die staatlich verordnete Lohnleitlinie der SPD-Regierung. Drei Monate später im Mai 1974 erfolgte der Rücktritt von SPD-Kanzler Willi Brandt.

Leider dauerte es in den siebziger Jahren nicht lange, bis die Herrschenden mit großer Härte zurückschlugen. Ihre bekanntesten Maßnahmen waren ab 1972 Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote. Sie richteten sich gegen alle diejenigen, die die Kämpfe der Arbeiter unterstützten, die ihnen theoretische Kenntnisse über die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge vermittelt und ihnen eine weiterführende Richtung für eine neue Gesellschaft gegeben hatten. Betroffen waren damals vor allem Kommunisten. Ganz gewiss kann sich in unseren Tagen da auch die Linke nicht in Sicherheit wiegen. *Karl-Helmut Lechner*

Industrie bangt um freie Versorgung mit Rohstoffen. FAZ, Fr. 15.10.10. Die Bundeskanzlerin will die Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa und Zentralasien intensivieren. Sie bot Russland Hilfe bei der Modernisierung der Wirtschaft an. Mehr Kooperation mit rohstoffreichen Ländern Zentralasiens sei nötig. Deutschland müsse sich dringend mehr Gedanken über die langfristige Absicherung seiner Versorgung mit Rohstoffen machen, so A. Merkel. K. Mangold, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, wies auf die wachsende Konkurrenz chinesischer Staatskonzerne in Osteuropa hin. „Während westliche Firmen in Osteuropa durch Protektionismus ausgebremst werden, arbeiten sich chinesische Staatskonzerne bei Infrastruktur-Ausschreibungen in Osteuropa mit nicht marktkonformen Kreditkonditionen immer weiter vor – bis in die EU.“ – FAZ, Mi. 27.10.10. „Die Existenzfähigkeit einiger Unternehmen ist gefährdet“, so BDI-Präsident H.-P. Keitel. Aus der Fotovoltaikindustrie erhalte man Meldungen, dass die Seltene Erde Lanthan nicht mehr ausreichend frei verfügbar sei. China wird vorgeworfen, es behindere die Ausfuhr wichtiger Rohstoffe wie die für Produkte der Hochtechnologie benötigten Seltenen Erden. Eine „Rückwärtsintegration“, also Gründung oder Kauf eigener Minen, sei ausgeschlossen.

Junge Unternehmer kritisieren Seehofer. FAZ, Frei. 22.10.10. Die Boykottandrohungen des CSU-Vorsitzenden H. Seehofer gegen die „Rente mit 67“ kritisierte die Bundesvorsitzende der Jungen Unternehmer, M.-C. Ostermann. „150 000 Auswanderer im Jahr kehren Deutschland auch deswegen den Rücken, weil unverantwortliche Politiker ... jede Veränderung der sozialen Sicherungssysteme verhindern“. Die Jungen sollten die Staatsschulden übernehmen, für die eigene Rente vorsorgen und nun auch garantieren, „dass alle anderen bereits mit rüstigen 65 Jahren durchfinanziert werden sollen“.

Deutsche Banken fürchten europäische Auflagen. FAZ, Die. 27.10.10. Da die Bundesregierung im Alleingang neue, nur zum Teil in Europa vereinbarte Regeln konsequent umsetze, seien deutsche Banken „massiv schlechter“ gestellt als ihre Wettbewerber, klagte A. Schmitz, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken. Eigenkapitalgeber zu finden, sei für private Banken schwierig, weil die Redite wegen der nicht allein gewinnorientierten arbeitenden Sparkassen der Volks- und Raiffeisenbanken strukturell niedrig seien.

Zusammenstellung: rst

Ein Antrag der Linksfraktion, dass das vor der Eröffnung stehende Polizeimuseum die Verbrechen der Hamburger Polizei in der NS-Zeit thematisieren muss, hat eine öffentliche Debatte in Gang gebracht, die erste Erfolge zeitigt. Noch bevor der Antrag in der Bürgerschaft diskutiert ist, mussten sich die Verantwortlichen aufgrund kritischer Medienberichte rechtfertigen. Die Auseinandersetzung verschiebt sich von der Frage: ob auf die Frage: wie das Polizeimuseum die Verbrechen darstellt. Wir veröffentlichen einen aus Platzgründen gekürzten Artikel, der in voller Länge auf der Website www.linksfraktion-hamburg.de zu finden ist.

CS

Hamburger Polizeimuseum

Argumente für eine sozial- und organisationsgeschichtliche Aufarbeitung der Verbrechen der Hamburger Polizei in der NS-Zeit!

Nichts erinnert in Hamburg daran, dass die Hamburger Polizeibataillone in der NS-Zeit unvorstellbare Verbrechen begangen haben, keine Gedenktafel, kein Mahnmal, keine Gedenkstätte. Nichts erinnert daran, dass das Hamburger Polizeibataillon 101 gerichtsbekannt mindestens 38 000 Juden ermordet und mindestens 42.500 Juden in Konzentrationslager deportiert hat. Nichts!

Zu Recht wurde jahrzehntelang die Beteiligung der Gestapo an den NS-Verbrechen thematisiert, aber zeitgleich wurden die Verbrechen der Kriminal- und der Ordnungspolizei in der Bundesrepublik bewusst verschwiegen, obwohl Beweise für die Beteiligung von Polizeibataillonen am nationalsozialistischen Massenmord bereits in den Nürnberger Prozessen vorlagen.

Erst mit dem Buch von Christopher R. Browning, „Ganz normale Männer, Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen“, wurden die NS-Verbrechen der Kriminal- und Ordnungspolizei von der Öffentlichkeit und der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik Anfang der 1990er Jahren fokussiert.

Seitdem wissen wir, dass die Kriminalpolizei in der NS-Zeit mehr als 70 000 Menschen in die Konzentrationslager deportiert hat, von denen ca. 35 000 Menschen ums Leben kamen. Seitdem wissen wir, dass die Kriminalpolizei

die Deportationen der Roma und Sinti organisierte, von denen 20 000 ermordet wurden. Und wir wissen, dass die von der Ordnungspolizei gestellten Polizeibataillone in Europa gerichtsbekannt mindestens 520 000 Menschen, vorrangig Juden, ermordet haben; denn dies ist das Forschungsergebnis von Stefan Klemp, dessen Buch *Nicht ermittelt – Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz* im Jahr 2005 im Klartext Verlag erschienen ist.

Dr. Wolfgang Schulte, Historiker von der Deutschen Hochschule der Polizei schreibt in seinem Einleitungsbeitrag für das Buch *Die Polizei im NS-Staat*, Beiträge eines internationalen Symposiums an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, im Jahr 2009:

„Diese Tatsachen sind in der Polizei bis heute in Detail und Umfang wenig bis gar nicht bekannt und in der Ausbildung vielfach unberücksichtigt geblieben. Die Frage, warum die Polizei zum willigen Vollstrecker des Massenmordes werden konnte, bleibt eine über den Tag hinaus relevante Frage.“

In *Nicht ermittelt* beschreibt Stefan Klemp die Verbrechen der vier Hamburger Polizeibataillone 101, 102, 103 und 104. Zur Geschichte des Polizeibataillons 101 führt Klemp aus:

„Das Polizeibataillon 101 wurde Anfang September 1939 in Hamburg aufgestellt. Kommandeur war Major Fritz

Asmus. Am 6. September 1939 rückte es nach Polen aus. Der Transport erfolgte per Bahn. Über Tschenstochau ging es nach Kielce. Die Aufgabe bestand in der Suche nach geflohenen polnischen Soldaten und Kriegsmaterial. Ferner wurde ein Kriegsgefangenenlager von der Wehrmacht übernommen und bewacht, das sich im Gefängnis von Kielce befand. Dort wurden bei einer Meuterei zehn Polen erschossen. Auch die Vollstreckung von Standgerichtstodesurteilen gehörte zu den Aufgaben des Bataillons. Am 16. Dezember 1939 kehrte es nach Hamburg zurück.

Anfang Mai 1940 kam es erneut nach Polen, zunächst einige Wochen nach Posen, die zweite Kompanie zog nach Leslau. Das ganze Bataillon führte die Vertreibung der polnischen Bevölkerung im Raum Posen durch. In Posen stellte das Bataillon mehrmals Erschießungskommandos. Im Juli 1940 wurde das Bataillon nach Lodz verlegt, wo es weiter an der Vertreibung der polnischen Bevölkerung mitwirkte. Darüber hinaus bewachten Männer des Polizeibataillons 101 das jüdische Ghetto in Lodz. Dort soll das Bataillon bereits an der Ermordung von Juden beteiligt gewesen sein. Im Laufe dieses Einsatzes beteiligten sich die Männer auch an Geiseler-schießungen. Ferner erschoss ein Angehöriger der 2. Kompanie unter Führung des Hamburger Nachkriegs-Polizeirates Beinen angeblich geistes- kranke Polen.

Dieser Einsatz dauerte bis April 1941 an, dann kehrte das Polizeibataillon 101 wieder nach Hamburg zurück. Viele der aktiven Angehörigen wurden nun auf die Hamburger Bataillone 102, 103 und 104 verteilt. Das Polizeibataillon 101 wurde mit Reservisten aufgefüllt und hieß nun Reserve-Polizeibataillon 101. Von Hamburg aus bewachten und begleiteten die Polizisten drei Deportationen von einheimischen Juden in die Sowjetunion.

Beim ersten Ermittlungsverfahren



gegen Hamburger Polizeibataillone schilderte zunächst nur ein Zeuge den dritten Einsatz des Polizeibataillons 101 in Polen. Bei diesem Einsatz leistete das Polizeibataillon 101 unter Major Trapp einen erheblichen Beitrag zur Ermordung der jüdischen Bevölkerung im Bezirk Lublin. Der Einsatz dauerte von Juni 1942 bis Anfang 1944. Das Polizeibataillon 101 nahm zum Beispiel an der „Aktion Reinhard“ teil. Zu den Aufgaben zählten sowohl die Massenerschießungen, aber auch Deportationstransporte in die Vernichtungslager. Die Ermittlungsunterlagen gaben Christopher Browning den Anstoß zur ersten wissenschaftlichen Studie über ein Polizeibataillon. Die beste Zusammenfassung der Bataillonsgeschichte findet sich bei Daniel Goldhagen. Wolfgang Kopitzsch gibt eine gute Zusammenfassung des Einsatzes im Jahr 1942.

Opfer (vom PB erschossene Juden): 38 000; Deportierte Juden: 45.200.“

Die Thesen von Browning und Goldhagen wurden sowohl in der Bundesrepublik als auch international in Politik, Gesellschaft und Geschichtswissenschaft kontrovers und intensiv diskutiert. Grundlage der beiden Studien waren die Vernehmungsprotokolle des Hamburger Polizeibataillons 101. Jenseits der Differenzen schreibt Browning in seinem Nachwort aus dem Jahr 1998:

„In mehreren Fragen sind Goldhagen und ich uns einig: erstens hinsichtlich der Beteiligung zahlreicher „ganz gewöhnlicher“ Deutscher am Massenmord an den Juden und zweitens, was den hohen Grad an Freiwilligkeit betrifft, den sie dabei an den Tag legten.“

Das Hamburger Polizeimuseum

Seit Jahren planen Polizeipräsident Werner Jantoch und der *Polizeiverein Hamburg e.V.* ein Polizeimuseum in Hamburg. Die Sammlung der Polizei umfasst mehr als 5.700 Exponate, die seit 2005 in Kisten verstaut und für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sind.

In einer Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der SPD im Jahr 2009 heißt es:

„Die Sammlung der Polizei Hamburg ist eine der umfangreichsten und polizeihistorisch wertvollsten Sammlungen weltweit. Sie hat eine erhebliche wissenschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung und stellt einen hohen kulturgeschichtlichen Wert dar. In Deutschland nimmt sie, gerade unter dem Aspekt der Darstellung von Vergehen und Verbrechen, auch in der historischen Rückschau, eine Spitzenstellung ein.“

Die Frage ist, wessen Verbrechen?

Der Vorsitzende des Polizeivereins Hamburg, Dirk Reimers, ehemaliger Polizeipräsident und Staatsrat der Innenbehörde, offenbart persönlich den handfesten Skandal um das Polizeimuseum am 25.10.2010 im Hamburg Journal des NDR. In dem Fernsehbeitrag mit dem Titel *Strittiges Polizeimuseum* spricht

er zuerst verharmlosend von „der Verwicklung der Hamburger Polizei in die Zeit des Nazi-Regimes“. Dabei hält er die 70 Seiten umfassende Ausstellungskonzeption für das Polizeimuseum in der Hand und offenbart plötzlich die ganze Wahrheit: „Das Polizeibataillon ist in diesem Grobkonzept nicht drin.“

Fazit: Die NS-Verbrechen der Hamburger Polizeibataillone sollen nach der derzeitigen Ausstellungskonzeption im Polizeimuseum nicht gezeigt werden.

Bisher hat die Polizei die *Kriminalpolizeiliche Lehrmittelsammlung*, die 1893 in Hamburg gegründet wurde, insbesondere dafür genutzt, ihr PR-Interesse an einem Polizeimuseum mit Hilfe der Sensationsgier der Medien und der Menschen durchzusetzen. Zuletzt im Dezember 2007, als in der Hamburger Finanzbehörde die Mordwerkzeuge von brutalen Verbrechen gezeigt wurden. Die Medien überboten sich mit Geschichten und Fotos von der „Honka-Säge“ des Straftäters Fritz Honka, der in den 70er Jahren vier Frauen ermordete, zersägte und auf seinem Dachboden in Ottensen versteckte. Gezeigt wurden auch die „Weltkriegs-MPI des 17-jährigen Elternmörders“ und das „Todesfass des Lottokönigs“, in dem die Leiche eines Lottogewinners einzementiert wurde, bevor die Täter das Fass in der Alster versenkten. Weitere Exponate aus der Sammlung wurden gezeigt, die grausamste und brutalste Verbrechen symbolisieren.

Eine sozial- und organisationsgeschichtliche, rechtsgeschichtliche oder kriminologische Einordnung der Kriminalfälle fehlte vollständig. Eigentlich war dies bereits ein klares Warnzeichen für die Hamburger Politik.

Welche Verbrechen werden von wem für die Ausstellung des Polizeimuseums ausgewählt? Wer entscheidet, in welchen Gremien über die Auswahl und die sozial- und organisationsgeschichtliche Kontextualisierung der Exponate?

Das Polizeimuseum soll in einer ehemaligen Wehrmachtskaserne aus dem Jahre 1936 auf dem Gelände der Landespolizeischule in der Carl-Cohn-Str. 39 in Alsterdorf eröffnet werden.

Zukünftiger „Museumsdirektor“ soll der Kripo-Beamte Uwe Hanse werden. In der Hamburger Morgenpost vom 12.8.2009 präsentiert der Kripo-Beamte ein „geheimes Buch der Todesarten“, das er auf dem Dachboden gefunden hat. Auf dem Buchdeckel prangt „der

Sensenmann und das Hamburger Wapen“, so die *Morgenpost*. Ihm zur Seite stehen laut *Abendblatt* zwei Kuratoren des Polizeimuseums, der Polizeioberkommissar Bernd Heide (48) und der Kriminalhauptkommissar Ernst Auch (55), die im *Abendblatt* ausgerechnet mit den gefälschten Hitler-Tagebüchern posieren, einer Dauerleihgabe von Gruner und Jahr.

Leider haben die drei Kripobeamtinnen immer die falschen Bücher in den Händen, wenn sie von der Presse fotografiert werden.

Der Chef vom Museumsdirektor war, ist und bleibt derzeit aber der Polizeipräsident Werner Jantoch höchst persönlich, der zum „Zweck der persönlichen Denkmalpflege ein Kriminalmuseum“ einrichten will, wie ihm hochrangige Polizeibeamte in einem offenen Brief im August 2010 vorgeworfen haben.

Daneben agiert der Hamburger Polizeiverein mit seinem Vorsitzenden Dirk Reimers, der bereits zwei Agenturen damit beauftragt hat, ein Ausstellungskonzept sowie eine museumsdidaktische Konzeption für das Polizeimuseum zu erarbeiten.

Im Protokoll der Mitgliederversammlung des *Polizeivereins Hamburg e.V.* vom 3.11.2009 heißt es unter TOP Sachstand Polizeimuseum, dass

„derzeit der Ausbau des Dachgeschosses für eine Ausstellung über bedeutende Hamburger Kriminalfälle realisiert wird. (...) Die Finanzierung der gesamten Maßnahme erfolgt in Kooperation zwischen der Polizei Hamburg und dem Polizeiverein. Aus dem Sonderinvestitionsfond der Stadt werden öffentliche Mittel in Höhe von 350 000 Euro bereitgestellt. Die Beteiligung des Polizeivereins wird sich ebenfalls in dieser Höhe bewegen. (...) Abschließend weist Herr Reimers noch darauf hin, dass dem Polizeimuseum durch die Firma Eurocopter ein ausrangierter Hubschrauberflugsimulator zur Verfügung gestellt werden wird, (...) um Hubschrauberrundflüge über Hamburg darzustellen. In vergleichbarer Weise soll ein Streifenwagen installiert werden, der optisch und akustisch Einsatzfahrten präsentieren soll.“

In der Akte des *Polizeivereins Hamburg e.V. – Gemeinnützige Vereinigung zur Förderung des Verständnisses zwischen Bürgern und Polizei* findet sich auf 219 Seiten kein Wort darüber, dass die NS-Geschichte der Polizei im Poli-

LITERATUR • Christopher R. Browning, *Ganz normale Männer*, Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Hamburg 1993 • Helmut Fangmann/ Udo Reifner/ Norbert Steinborn, „Parteisolddaten“, Die Hamburger Polizei im „3. Reich“, Hamburg 1987 • Stefan Klemp, *Freispruch für das „Mord-Bataillon“*. Die NS-Ordnungspolizei und die Nachkriegsjustiz, Münster 1998 • Stefan Klemp, „Nicht ermittelt“. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz, Essen 2005 • Wolfgang Kopitzsch, *Hamburger Polizeibataillone im Zweiten Weltkrieg*, in Ebbinghaus, Angelika/Linne, Karsten, *Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im „Dritten Reich“*, Hamburg 1997, S. 293-318 • Wolfgang Schulte (Hrsg.), *Die Polizei im NS-Staat*, Beiträge eines internationalen Symposiums an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, Frankfurt 2009

zeimuseum dargestellt werden soll.

Der politische Skandal im Hintergrund des Polizeimuseums offenbart sich, wenn man sich folgende Fragen stellt:

Wie kann es sein, dass ein Polizeipräsident und ein Polizeiverein seit Jahren über die Inhalte und die didaktische Konzeption eines staatlichen Museums in Hamburg entscheiden, obwohl das Museum für alle Menschen öffentlich zugänglich sein wird und überdies eine besondere historische und gesellschaftliche Verantwortung tragen wird?

Wie kann es sein, dass die Freie und Hansestadt die Grundsanierung eines Museums finanziert und die Fraktionen von CDU, GAL und SPD in der Bürgerschaft 350 000 Euro für das Hamburger Polizeimuseum bereitstellen, ohne sich das Museumskonzept des Polizeivereins vorlegen zu lassen?

Warum wurde kein Wissenschaftlicher Beirat für das Polizeimuseum vorgesehen, der sowohl über die Auswahl der Exponate als auch die sozial- und organisationsgeschichtliche Kontextualisierung der Exponate sowie über das museumsdidaktische Konzept entscheidet?

Die Vorsitzende des Auschwitz-Komitees Esther Bejarano hat ihre Kritik an dem Polizeimuseum deutlich formuliert:

„Die Verbrechen der Hamburger Polizei in der NS-Zeit müssen im Polizeimuseum detailliert thematisiert werden. Die Hamburgische Bürgerschaft ist deshalb dringend aufgefordert, die Konzeption der Polizei für das Museum zu diskutieren und einen Historischen Beirat für das Polizeimuseum einzusetzen.“

Die Linke hat deshalb einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der den Senat auffordert, dass

„das Polizeimuseum in seiner ständigen Ausstellung die Geschichte der Polizei von der Kaiserzeit über die Weimarer Republik bis zum NS-Staat sowie die Geschichte der Polizei in der Bundesrepublik in seinen sozial- und organisationsgeschichtlichen Bezügen angemessen darstellt. Das Polizeimuseum soll auf der Grundlage der bisherigen Forschung insbesondere die Geschichte des Hamburger Polizeibataillons 101 und dessen Verbrechen in Polen ausführlich darstellen. Für die Auswahl der Exponate sowie deren sozial- und organisationsgeschichtliche Kontextualisierung soll ein Wissenschaftlicher Beirat eingerichtet werden, der die Polizei in allen geschichtswissenschaftlichen Fragen berät.“

Dieser Antrag wurde am 27. Oktober 2010 von der Bürgerschaft in den Innenausschuss überwiesen. Wir freuen uns auf die Diskussion, weil die kritische Reflexion der Geschichte der Polizei nicht nur für die Polizei selbst, sondern für die Gesellschaft insgesamt in einem demokratischen Rechtsstaat unverzichtbar ist.

Bela Rogalla

Betreff: Perspektivwechsel. – Politische Diskurse entwickeln sich in kulturellen Zusammenhängen, die – kritisch oder apologetisch – auf die Nationalgeschichte zugeschnitten sind. Mit der EU besteht heute ein übergreifender politischer Zusammenhang, in dem es auf Kunst ankommt, auch einmal die Perspektive der Nachbarn einzunehmen. In loserer Reihe wollen wir an dieser Stelle Bücher und andere kulturelle Produktionen vorstellen, die dabei helfen. Nachfragen und Angebote an politischeberichte@gmail.com, Betreff: Perspektivwechsel.

Il Gattopardo

Dem schönen Italien, den Baudenkmalern, der Musik, der bildenden Kunst, der neuen und alten Literatur, dem Film, der Mode, der Küche, der ganzen Lebensart gehört die stauende Bewunderung von uns nördlichen Nachbarn. Wohl über keines der Nachbarländer weiß man in Deutschland gleichzeitig so viel und so wenig. Anders als etwa die politischen und geistigen Regungen Frankreichs, die Schulstoff sind, mit denen man sich an den Universitäten auseinandersetzt, die von den Feuilletons der großen Zeitungen aufgegriffen werden, lässt das öffentliche Interesse das politische Italien seitab liegen, obwohl seine Geschichte, sein Versagen und seine großen Errungenschaften zu dem Fundamenten gehört, auf denen Europa gegründet ist.

1963 verarbeitete Luchino Visconti (1906–1976) den 1954 von Giuseppe Tomasi di Lampedusa (1896–1957) in nur wenigen Wochen niedergeschriebenen Roman „Il Gattopardo“ – ein Verleger fand sich erst nach dessen Tod 1957 – zu einem fesselnden Filmwerk, das den Blick auf die Zeitspanne richtet, in der das moderne bürgerliche Italien sich aus dem veraltenden Adelsregime herausarbeitete. Ort der Handlung ist das Königreich beider Sizilien, Zeit die Landung Garibaldis (1860) in Marsala, Sizilien, tragende Charaktere Figuren des Adels und des Bürgertums vor dem Hintergrund sozialer Auflehnung. Eine Schilderung der Handlung findet, wer sucht sehr leicht im Internet, ein Erleb-



nis, wer sich den Film, der in der Cinemathek der Süddeutschen Zeitung als DVD erschienen ist, ansieht. Der Film ist lang (zweieinhalb Stunden), aber das sind Winterabende auch.

Die lebhafteste Diskussion über das Buch und den Film wird von der Sentenz einer der Hauptfiguren beherrscht, nach der sich alles ändern muss, damit es bleibt wie es ist. Aber was ist hier „alles“? Was ist im südlichen Italien geblieben „wie es war“? Eine herausragende Rolle spielt hier das Grundeigentum großen Stils im erblichen Familienbesitz. Die Verwaltung von Großgrundbesitz fordert – bei Alternative des Untergangs – Sicht auf lange Generationen übergreifende Zeiträume. Sind im industriellen Leben 15 Jahre eine unüberschaubar lange Zeit, so hier eine kurze. Großer Großgrundbesitz umschließt Lebensräume, der Grundherr ist „von vier Seiten Nachbar“ seiner Mitbürger. Privateigentum und öffentlicher Raum gehen ineinander über. Die bürgerlich-rechtlich situierte Großgrundbesitzerfamilie bleibt so gesehen was schon die adlige war: Die Herrschaft. Solche Gegebenheiten und Traditionen begünstigen – bei den alten wie den neuen Reichen – die Tendenz zur Einrichtung beherrschter Räume eigenen, willkürlich gesetzten Rechts.

Autor Tomasi entstammt wie Regisseur Visconti dem Adel, ihr Schaffen zeigt beide für Emanzipationsbestrebungen Unterdrückter mindestens aufgeschlossen. Il Gattopardo sagt nicht, dass sich eh' nichts ändert, eher schon, dass ziemlich viel getan werden muss, damit sich überhaupt was tut.

Martin Fochler



Inhalt

Aktuelle Meldungen

CSU-Parteitag segnet Bundeswehr-Umbau ab • Deutschland – billig Steuerland • Arbeitslosigkeit in der EU • Sparquote der privaten Haushalte im Euroraum gesunken • Erster Einsatz in der EU-Geschichte • Für die Zivilgesellschaft der EU und des Mittelmeerraums • Modern: Töten, ohne getötet zu werden?

Eine nationalistische Momentaufnahme der Wirtschaftsinstitute

Stuttgart 21: Der Kampf um die Deutungshoheit geht weiter, Ende bisher offen

Auslandsnachrichten

Brasilien: Mercedes-Arbeiter beenden Streik • Indien: Neuer Bericht über den Tod von Teearbeitern • Kolumbien: Bössartige gewerkschaftsfeindliche Offensive • China: Foxconn missbraucht Arbeitskräfte

Aktionen ... Initiativen

Am 6.11. gegen Castor-Transporte • Demonstration zur Innenministerkonferenz in Hamburg • „Gerecht geht anders“ – Aktionen bis 13. November • Friedensorganisationen fordern Stopp aller Rüstungsexporte • Arbeit zum Discountpreis – ausgenutzt bei Lidl • NRW: Weniger Machtkampf – mehr Inhalte! • Neue Aktion für „Mehr Verantwortung bei der Polizei!“ • Nötigung • Bayer, BASF, BP unterstützen Klimaschutzgegnern im US-Wahlkampf

Lauter Protest auf Bürgerversammlung zum Heliosgelände

NRW-Linke tut sich schwer mit Nachtragshaushalt

Evonik-Deal: Stadtwerke haben Angebot abgegeben – Linke Fraktionen stellen Mindestbedingungen

Kommunale Politik

Die Linke im Römer fordert Aufwertung der Bürgerversammlungen: Frankfurt a.M. • Dem Haushalt die Giftzähne ziehen: Bochum. • Lässt schwarz-gelb „Soziale Stadt Tannenbusch“ im Stich? Bonn. • Steuerpflichtigen mit München-Pass Hundesteuer erlassen! München. • Nostorf/Horst: Weiter Unterbringung von Familien mit Kindern. Hamburg. • Rücknahme von Kürzungen! Köln. • „ELENA-Verfahren ist Wohngeldempfängern nicht zumutbar“. Berlin. • Bund muss Rentenversicherung für Hartz IV-Empfänger beibehalten: Berlin.

JobCenter soll städtisch werden

Die Septemberstreiks von 1969

Wirtschaftspresse

Hamburger Polizeimuseum

Perspektivwechsel: „Il Gattopardo“

Strategiepapier der Bundestagsfraktion Die Linke vom 25. Oktober:

„Zum Motor für den Politikwechsel werden“

Gesine Löttsch, Klaus Ernst und Gregor Gysi, führend in Partei und Fraktion die Linke, haben ein gemeinsames Strategiepapier vorgestellt, das die aktuellen Aufgaben beschreiben soll und damit auch eine Reaktion auf die eher fallenden Umfragwerte für die Partei darstellt. Hier Auszüge:

„Durch das Agieren von SPD, Grünen und Medien sowie unserer Passivität und Selbstbeschäftigung haben wir in der Bevölkerung seit der Bundestagswahl 2009 an Zuspruch eingebüßt.

Die Stärkung unseres Profils – mit dem Ziel Alleinstellungsmerkmale der Linken zu betonen und neue zu begründen – ist deshalb eine wesentliche Voraussetzung für eine wachsende Zustimmung in der Bevölkerung, die sich mittelbar auch in Wahlerfolgen niederschlägt. Nur eine starke Linke mit eigenem Profil kann ihre Oppositionsrolle wahrnehmen. Nur eine starke Linke mit eigenem Profil erreicht auch die Stärke, um eine Option auf Regierungsverantwortung zu entwickeln.

Dazu müssen wir den Menschen eigenständige, kreative und sehr konkrete Angebote unterbreiten. Diese Angebote müssen wir so zusammenführen, dass in der Bevölkerung die Überzeugung wächst, die Linke steht für einen Wechsel in die politisch richtige Richtung.

Mit diesen Angeboten stellen wir uns zugleich auch dem Wettbewerb mit der SPD und den Grünen um die überzeugendsten politischen Vorschläge.

Sinnvoll erscheint ein dreigliedriges Vorgehen:

(1) die Bundesregierung kritisieren, Gegenvorschläge unterbreiten

Der erste Schritt hin zu einem Politikwechsel besteht darin, die Regierungspolitik zu entlarven. Erst wenn den Menschen klar wird, dass die Regierung ihren Interessen zuwider handelt, gewinnen alternative Angebote an Attraktivität.

Die Bundestagsfraktion hat dabei die Aufgabe: tagesaktuelle fundierte Kritiken an Entscheidungen der Bundesregierung bereitzustellen (Hartz IV-Statistik der Arbeitsministerin auseinanderplücken, Argumente des Gesundheitsministers für die Gesundheitsreform widerlegen etc.)

die Kritik mit alternativen Vorschlägen zu verbinden, die dem jeweiligen Problem auch in den Augen der Menschen (!) angemessen sind

Kritik und Alternativen anschaulich und allgemeinverständlich zu formulieren

(2) in aktuellen zentralen politischen Kontroversen Position beziehen

Diese Projekte sollen als Wegbereiter für einen neuen Entwicklungspfad dienen und neue gesellschaftliche Mehrheiten befördern. Es geht darum, unseren Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung und das Alltagsbewusstsein bei aktuellen Themen zu vergrößern sowie unser Profil gegenüber SPD und Grünen zu schärfen. Dabei müssen wir so konkret wie möglich werden, damit die Menschen unsere Angebote konkret nachvollziehen können. Gleichzeitig können diese Projekte als politische Prämissen der Linken dienen bei der Bildung parlamentarischer Mehrheiten für eine neue Politik.

Wie kommen wir zu gerechten Löhnen in einer reichen Gesellschaft? Wie schaffen wir einheitliche und gute Schulbildung für alle Kinder? Wie sollte eine soziale Mindestsicherung ausgestattet sein? Wie kann Altersarmut verhindert werden? Wie organisieren wir eine neue Diskussion über Arbeitszeitverkürzung zur gerechteren Verteilung von Arbeit? Wie schaffen wir die Ein-Klassen-Medizin? Wie stärken wir die Demokratie (für Volksgesetzgebung, gegen Lobbyismus)? Wie finden wir den Einstieg in ein neues Entwicklungs- und Wachstumsmodell? Welche Initiativen starten wir, um eine geschlechtergerechte Teilhabe an der Gesellschaft sowie eine Neubewertung und Umverteilung von Arbeit voranzubringen? Wie bauen wir die Bundeswehr zu einer Friedensarmee um?

(3) die Grundlagen unserer Politik weiterentwickeln

Eine neue (Sozial-)Staatspolitik ... Frieden schaffen: nichtmilitärische Hilfe bei Krisen, Wege zur friedlichen Konfliktlösung in Afghanistan ... Neue Spielregeln für die Politik ... Selbstbewusstsein für den Osten ...

Zu den Aufgaben (2) und (3) kann die Bundestagsfraktion mit ihren fachlichen und kommunikativen Ressourcen besonders beitragen. Dabei kommt es entscheidend darauf an, sachliche Vorschläge und Kommunikationskonzepte in einem Prozess zu entwickeln (und nicht sachlich richtige Konzepte im Nachhinein mit den Instrumenten der Öffentlichkeitsarbeit auf politische Wirksamkeit zu trimmen).

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 2. Dezember.

Redaktionsschluss: Freitag, 26. November.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Tel: 0711/3040595, freitags von 7–12 h.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 12. Januar 2011, 17. Februar, 17. März, 21. April